

Arbeiterkampf

Jahrg.2 Nr.14 Jan.72

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Betrieb 30Pf. Laden 50Pf.

Betriebsrätewahlen '72:

Die Weichen stellen!

Die Betriebsräte-Wahlen stehen vor der Tür: bereits im März sollen sie in den Metall- und Chemiebetrieben über die Bühne gehen. Andere Bereiche, wie etwa ÖTV und Druck & Papier sollen bis spätestens Juni folgen.

Außerhalb des Gesichtsfeldes der Arbeiter und Angestellten ist eine rege Geschäftigkeit festzustellen: da werden alte abgehalfterte SPD-Betriebsgruppen wieder auf Zack gebracht, da sprechen Gewerkschafts-Sekretäre mit den Geschäftsleitungen die Kandidatenlisten durch, müde gewordene Betriebsratsfürsten erhalten neuen „Schwung", die Wahllisten werden ausgemauschelt, um sie später den erstaunten Kollegen zum Abhaken zu präsentieren usw. Man hat es offenbar jetzt sehr eilig mit den Wahlen.

Bis vor kurzem war überhaupt noch nicht klar, daß die Betriebsräte-Wahlen schon in diesem Frühjahr stattfinden könnten. Das neue, vom Bundestag verabschiedete BVG (Betriebsverfassungsgesetz) konnte nicht in Kraft treten, weil der Bundesrat seine Zustimmung verweigerte. Der Bundesrat ist mehrheitlich von CDU/CSU-Leuten besetzt, die versuchten, noch weitere Verschlechterungen für die Arbeiter im neuen BVG zu erzwingen. Dies hätte eine Verzögerung der Wahlen um Monate nach sich gezogen.

Plötzlich wendete sich jedoch das Blatt: 2 CDU-regierte Länder, nämlich Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, stimmten dem Regierungsentwurf zu, so daß das Gesetz den Bundesrat passieren konnte. SPD und CDU waren sich plötzlich einig, daß es sehr schnell gehen müßte. Dazu Arbeitsminister Arend: „Damit im Frühjahr 72 noch die Wahlen nach dem neuen Gesetz überall durchgezogen werden können."

Die westdeutsche Kapitalistenklasse tritt in eine neue Phase politischer und wirtschaftlicher Expansion ein. Die alte Machtkonstellation zwischen den kapitalistischen und imperialistischen Staaten zeigt deutliche Verschiebungen. Die sog. Weltwährungskrise, d.h. der Zusammenbruch des alten Weltwährungssystems, ist dafür ein deutlicher Ausdruck. Der Kampf um Neuaufteilung von Einflußsphären und Märkten zwischen den kapitalistischen Staaten nimmt an Schräfe zu.

Die westdeutschen Kapitalisten haben sich das Ziel gesetzt, ihre Vormachtstellung in Westeuropa, vor allem in der EWG, weiter auszubauen. So wollen sie die wirtschaftliche und politische Grundlage schaffen, den Kampf um Märkte und Einflußsphären im internationalen Maßstab noch entschiedener führen zu können. Dafür ist es unbedingt notwendig, den bisher nur relativ schwach entwickelten Kapitalexport (Investitionen und Anlagen im Ausland) wesentlich zu steigern.

Um diese Aufgabe bewältigen zu können, um also sich noch besser als bisher gegen die internationale Konkurrenz der anderen kapitalistischen Staaten durchsetzen zu können, brauchen die westdeutschen Kapitalisten absolute Ruhe an der „Heimatfront": Fleißige Arbeiter, die nicht aufmucken, die nicht streiken, denen man die Löhne kürzen kann, denen man das Arbeitstempo verschärfen kann usw. ... das ist die entscheidende Voraussetzung für die westdeutschen Kapitalisten, um ihren internationalen Aufgaben gerecht werden zu können. Die Arbeiterklasse soll die Last für die Expansionsbestrebungen der westdeutschen Kapitalistenklasse tragen. Kriegsminister Schmidt sagte dies sehr deutlich: „Wir müssen der Bevölkerung klar sagen: mehr arbeiten, härter arbeiten, schneller arbeiten!"

Natürlich wissen die Kapitalisten genau, daß die Arbeiter nicht bereit sein werden, freiwillig den Packesel zu spielen, daß sie sich gegen weitere Verschärfung ihrer Ausbeutung und Unterdrückung wehren werden. Dagegen haben sich die Kapitalisten bereits umfassend abgesichert: Verbot von politischen und spontanen Streiks, Notstandsgesetze, Ausbau von Polizei, Bundesgrenzschutz und Heer sowie Zentralisierung dieser Unterdrückungsinstrumente, übungsmäßige Großeinsätze mit Schnellfeuerwaffen und Schützenpanzern, Mobilmachungsübung 72, planmäßiger Aufbau faschistischer Organisationen, Verbotsvorbereitungen für kommunistische und radikal-reformistische Organisationen usw. usw.

In dieser Kette von Unterdrückungsinstrumenten und -maßnahmen, spielt das BVG für die Kapitalisten eine ganz besonders große Rolle: dieses reaktionäre Paragraphenwerk soll Betriebsrat und Belegschaft an die Interessen des Unternehmers und seinen Profit ketten. Nun ist den Kapitalisten natürlich bekannt, daß es mit einem Gesetz allein nicht getan ist. Zu häufig ist es schon fortschrittlichen Betriebsräten gelungen, dieses Paragraphenwerk zu unterlaufen und für die Kollegen dabei etwas herauszuholen. Und die Kapitalisten haben natürlich auch gemerkt, daß die Arbeiter kritischer geworden sind, daß sie häufiger als früher bereit sind, für ihre Rechte gegebenenfalls auch zu kämpfen. In dieser Situation ist es für die Kapitalisten entscheidend, die Betriebsratsposten mit den „richtigen" Leuten zu besetzen. Die Kapitalisten brauchen hier solche Leute, die bereit sind, „zum Wohle des Betriebes" alle Maßnahmen der Geschäftsleitungen gegen die Arbeiter und Angestellten mit ihrer Genehmigung und Unterschrift abzudecken; die also ja sagen, wenn es für die Kapitalisten gilt, Kurzarbeit einzuführen, Entlassungen vorzunehmen, Bandgeschwindigkeiten und Akkordsätze zu erhöhen, kaputtgemachte Kollegen rauszuwerfen usw. usw. Hier bietet sich vor allem die SPD an: Rüstungsminister Schmidt fordert: „Wir müssen vor allem in den Betrieben noch mehr Arbeit leisten als bisher" und „Ein indirekter Prüfstein wird die Wahl der Betriebsräte nach dem neuen BVG im Frühjahr ... werden, dabei muß die Basis für unseren Wahlerfolg 1973 geschaffen werden."

Aber nicht nur die SPD kümmert sich jetzt plötzlich um ihre „Zielgruppen Arbeiter und Angestellte" auch die CDU entdeckt plötzlich ihr Herz für die Arbeiter und Angestellten. So gründen die sog. „Sozialausschüsse" der CDU, die „Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft" (CDA) im Ruhrgebiet „Christliche Betriebsgruppen" und verteilen „schwarze Betriebszeitungen", wie bei Mannesmann-Hucklingen oder bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund. Demagogisch greifen diese Zeitungen betriebliche Mißstände auf, beschwören gleichzeitig die Arbeiter, „den Arbeitsfrieden nicht zu stören", betreiben eine intensive Kommunisten-Hetze und greifen die SPD-Politik an. Diese Dinge erinnern allzu deutlich an die „Betriebszellen-Organisation" der NSDAP vor 1933, die für die Faschisten als „spezifische Waffe zur Eroberung der Arbeiterschaft" bezeichnet wurde. Wie seinerzeit den Nazis, geht es heute den CDU-Demagogen darum, die Arbeiter als Stimmvieh vor ihren reaktionären Karren zu spannen. Die CDA will besonders „den Kommunisten das Wasser abgraben" und „die CDA-Betriebsräte unterstützen".

Weder CDU noch SPD geht es darum, Interessen und Belange der Arbeiter und Angestellen zu vertreten. Beide Parteien versuchen nur, mehr Einfluß über die Arbeiter zu bekommen, versuchen möglichst viele Betriebsratsposten mit ihren Leuten zu besetzen, um so „Grundlage für ihren Wahlerfolg" zu legen.

Auf Betreiben der Kapitalisten, werden jetzt im Dunkeln bereits die Posten im Betriebsrat verteilt, die Wahllisten fertiggestellt, bekommen gewisse Taschenträger der Geschäftsleitungen den Auftrag, sich fortschrittlich und kämpferisch zu geben, um die Kollegen einzuwickeln. So geschieht es gerade in letzter Zeit häufig, daß schon tot geglaubte Betriebsräte plötzlich mit radikalem Getöse auf Betriebs- und Mitgliederversammlungen auftauchen, um den Arbeitern und Angestellten blauen Dunst vorzumachen.

Wir müssen jetzt aufpassen, daß wir auf diese Leute nicht hereinfallen: Denn einmal gewählt, sitzen die Herren für mindestens 3 Jahre fest im Sattel und helfen den Kapitalisten, uns das Fell über die Ohren zu ziehen. Auch auf den zu erwartenden Werberummel gewisser Gewerkschafts-Sekretäre für deren „Lieblinge" dürfen wir nicht reinfallen. Wir müssen solche Kollegen in den Betriebsrat wählen, die tatsächlich schon bewiesen haben, daß sie Arbeiterinteressen vertreten können, die nicht bei jeder Gelegenheit umfallen. Nicht was einer von sich sagt, ist wichtig, sondern was einer tatsächlich schon für uns getan hat!



Menschenschlächter

In der letzten Dezember-Woche führten die USA eine neue grausame Luftoffensive gegen die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) durch. Pausenlos flogen 350 US-Kampfflugzeuge über tausend Flächenbombardements auf die DRV. Dabei wurde eine neue „Allzweckdruckbombe" abgeworfen, die amerikanische Wissenschaftler als „eine der schrecklichsten Waffen" bezeichnen, „die der Krieg hervorgebracht hat und die nur noch von der Atombombe übertroffen wird". Diese Bombe „tötet noch eineinhalb Kilometer entfernt die Würmer in der Erde", wie die ‚Hamburger Morgenpost' schreibt. Und weiter: „Richtig plaziert, kann die Waffe halbe Berge ins Rutschen bringen. Durch das bei der Explosion entstehende Vakuum wird die Luft aus den als fast unzerstörbar geltenden Vietcongbunkern gesogen, die dann zusammenstürzen."

Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Indochina, Palästina, Mozambique, Guinea-Bissau, Angola, Ostpakistan – Millionen von Menschen sind den Imperialisten in ihren Raubkriegen bereits zum Opfer gefallen, ermordet, verstümmelt, ihr Leben lang körperlich und geistig geschädigt. Ganze Divisionen von Wissenschaftlern werden eingesetzt, um immer wirksamere, immer brutalere Methoden und Mittel zur Niederschlagung von Befreiungsbewegungen, zur Ausrottung ganzer Völker, zur Vernichtung der Lebensgrundlagen dieser Völker zu entwickeln.

Gegen die imperialistischen Menschenschlächter hilft keine Hoffnung auf eine „friedliche Entwicklung". Die kann es erst geben, wenn der Imperialismus von der Erde vertrieben ist. ■

Indien besetzt Ostpakistan

Nach längeren Kämpfen haben im Dezember indische Truppen Ostpakistan besetzt. Eine Resolution der UN-Vollversammlung vom 8. Dezember, die mit 104 gegen 11 Stimmen sofortigen Waffenstillstand und Rückzug hinter die jeweiligen Grenzen forderte, wurde von Indien abgelehnt.

Das eroberte Ostpakistan wurde von Indien zur „selbständigen" Republik Bangla Desch erklärt. Bangla Desch soll wirtschaftlich und politisch von Indien abhängig werden. Indische Truppen sollen „vorerst" im besetzten Ostpakistan bleiben.



Der indische General Nagra mit Offizieren beim Einmarsch in Ostpakistan

Das Gebiet der heutigen Staaten Pakistan und Indien wurde zwischen 1700 und 1880 vom britischen Kolonialismus unterworfen. Der britische Kolonialismus beutete dieses riesige Gebiet aus, während er gleichzeitig die Entstehung einer eigenen Industrie in diesem Gebiet fast völlig verhinderte. Zur Absicherung ihrer Herrschaft schürten die Kolonialherren religiöse Gegensätze, vor allem zwischen Hindus und Mohamedanern.

Als dieses Gebiet 1947 unabhängig wurde, entstand der Hindu-Staat Indien und der mohamedanische Staat Pakistan. Pakistan bestand aus zwei getrennten Landesteilen, nämlich dem Westen mit heute 58 Mio. Einwohnern und dem Osten, der zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde gehört und 72 Mio. Einwohner hat. Zwischen beiden Landesteilen beträgt die Entfernung fast 2000 km.

Indien und Pakistan haben eine ähnliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur. Beide Länder sind nur in geringem Grad industrialisiert. Die Mehrheit der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft.
Die politische Macht liegt in den Händen von Großkapitalisten und Großgrundbesitzern.

Indien und Pakistan gehören zu den ärmsten Ländern der Welt, gemessen am Lebensstandard der Bevölkerung. Beide Länder sind erheblich verschuldet. Den stärksten wirtschaftlichen Einfluß üben in beiden Ländern die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik aus, jedoch ist Indien daneben auch stark vom sowjetischen Kapital abhängig.

Die BRD ist nach den USA der größte Gläubiger (Kredit-Geber) Indiens und Pakistans — nämlich mit über 5 Mrd. Mark an Indien und über 2 Mrd. Mark an Pakistan.

Neben diesen staatlichen Krediten („Entwicklungshilfe") ist in erheblichem Maß auch Geld der westdeutschen Privatwirtschaft in Indien und Pakistan investiert. Es erfolgt dies im allgemeinen durch sogenannte „joint ventures", d. h. gemeinsame Unternehmen einheimischer und ausländischer Kapitalisten. Die BRD nimmt dabei in Indien nach Großbritannien und den USA den dritten Platz ein. In diesem Geschäft sind u. a. die Farbwerke Hoechst, Siemens und Robert Bosch GmbH aktiv. In noch höherem Maße ist der BRD-Imperialismus an der Ausplünderung Pakistans beteiligt.

Indien und Pakistan sind weitgehend von den imperialistischen Ländern abhängig, die herrschenden Klassen beider Länder sind aber bemüht, diese Abhängigkeiten zu lockern, um ihre eigene wirtschaftliche und politische Stellung zu verbessern.

Pakistan, das seit 1955 Mitglied des aggressiven SEATO-Paktes ist, sucht die Lösung aus diesem Pakt. Pakistan hat sich als einziges SEATO-Land nicht mit eigenen Truppen am US-Krieg in Vietnam beteiligt, sondern hat diesen Krieg im Gegenteil mehrmals verurteilt. Andererseits ist Pakistan von der SEATO nicht gegen die indische Aggression vom Dezember unterstützt worden. Pakistan bemüht sich um gutnachbarliche Beziehungen zur VR China, von der es wirtschaftliche Hilfe erhält.

Indien verstärkt seine Bindungen an die Sowjetunion, mit der es seit August 71 einen Militär-Pakt hat und von der es militärisch zum Krieg gegen Pakistan ausgerüstet worden ist. In der Stahlproduktion, Elektrizitätserzeugung und den Erdölraffinerien Indiens tritt sowjetisches Kapital als ernsthafter Konkurrent des US-britischen und BRD-Imperialismus auf.

Hinter der Annektion Ostpakistans durch Indien steht auch das globale Ringen der imperialistischen Mächte um die Verteilung von „Einflußzonen", vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion.

Der Dezember-Krieg war der dritte Krieg zwischen Indien und Pakistan. Die herrschenden Klassen Indiens betreiben seit der Unabhängigkeit 1947 eine expansionistische, aggressive Außenpolitik.

Den ersten Krieg gegen Pakistan führten die herrschenden Klassen Indiens 1948, um sich das Gebiet von Kaschmir, närlich von Indien, zu unterwerfen. Die Bevölkerung Kaschmirs ist zu 80 % mohamedanisch, jedoch war der damalige Landesfürst ein Hindu, der das Land im Widerspruch zum Willen der Bevölkerung an Indien anschließen wollte. 1947 brachen deshalb Aufstände in Kaschmir aus. Der Fürst rief indischen Truppen zu Hilfe, die nach Kaschmir einmarschierten und ein Blutbad unter der Bevölkerung anrichteten. Daraufhin entsandte Pakistan seinerseits Truppen nach Kaschmir.

Der UNO-Sicherheitsrat schaltete sich ein und schlug vor, nach Abzug der indischen und pakistanischen Truppen eine Volksabstimmung in Kaschmir durchzuführen. Diesen Vorschlag akzeptierte Pakistan, Indien jedoch nicht. Ein Kompromiß wurde vereinbart, der die Teilung Kaschmirs bis zu einer Volksabstimmung vorsah.

Die indischen Expansionisten begannen jedoch widerrechtlich, ihren Teil Kaschmirs an Indien anzugliedern. Deshalb kam es 1953 erneut zu Aufständen gegen die indischen Besatzungstruppen. 1957 wurde der besetzte Teil Kaschmirs gegen den Protest der UNO offiziell an Indien angeschlossen.

1965 brach ein neuer Aufstand in Kaschmir aus. Es bildete sich eine Guerilla-Armee, die den indischen Besatzern schwer zu schaffen machte. Indien erklärte Pakistan für die „Unruhen" verantwortlich. Indische Truppen überfielen Pakistan, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die Kämpfe wurden nach etwa einem Monat eingestellt.

Zwischenzeitlich hatten die indischen Expansionisten 1962 einen Angriff auf die chinesische Himalaya-Grenze unternommen. Dort waren sie aber von den Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee in die Flucht geschlagen worden.

Im Dezember 1971 bot der ungelöste Konflikt in Ostpakistan den herrschenden Klassen Indiens erneut Anlaß zum Krieg.

Ostpakistan wird von den Bengalen bewohnt, die mit der Bevölkerung Westpakistans nur ihre Zugehörigkeit zum mohamedanischen Glauben gemeinsam haben.

Das bengalische Volk lebt im Gebiet des Ganges-Deltas, und zwar 72 Mio. Bengalen in Ostpakistan und 47 Mio. in Indien.

Bengalen war das erste Gebiet Indiens, in das der britische Kolonialismus eindrang. Hauptprodukt Bengalens war zunächst das Rauschgift Opium, das die britischen Kolonialisten als Tauschware im China-Handel benutzten. Als China die Einfuhr von Opium verbot, erzwang Großbritannien in zwei Opium-Kriegen 1839 – 42 und 1857 – 60 die „Freiheit des Handels" mit dem lebenszerstörenden Gift.

Später wurde Bengalen zum Produzenten von Holz, Baumwolle und vor allem Jute (eine Pflanzenfaser). Bengalen ist



der größte Jute-Produzent der Welt. Die Jute wurde im Gebiet um Kalkutta verarbeitet und von dort per Schiff exportiert. Der Rohstoff kam also aus Ostbengalen, während die verarbeitende Industrie sich vorwiegend in Westbengalen befand. Die Bevölkerung in Westbengalen ist vorwiegend hinduistisch, in Ostbengalen dagegen mohamedanisch. 1947 wurde Bengalen deshalb unter Indien und Pakistan aufgeteilt.

Damit wurde die gewachsene wirtschaftliche Einheit Bengalens aufgehoben. Die Rohstoffe Ostbengalens gingen nun nicht mehr in die verarbeitende Industrie um Kalkutta, sondern wurden nach Westpakistan gebracht bzw. von den herrschenden Klassen Westpakistans ausgebeutet. Die Profite aus dem Export von Jute — Pakistans wichtigstem Exportartikel — wurden überwiegend im westlichen Landesteil angelegt. Ebenso ging die „Entwicklungshilfe" in erster Linie an Westpakistan.

Die Ausplünderung durch die herrschenden Klassen Westpakistans rief den Widerstand des Volkes von Ostbengalen hervor. Dies führte zum Wahlsieg der Awami-Liga bei den Wahlen im Dezember 70.

Die Awami-Liga war eine Partei der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums von Ostpakistan, die die Vorherrschaft des westlichen Landesteils abschütteln wollten, um die Ausbeutung Ostbengalens auf eigene Rechnung zu betreiben.

Die Awami-Liga erreichte durch ein demagogisches Wahlprogramm im Dezember 70 167 von 169 möglichen Sitzen in Ostpakistan und damit die absolute Mehrheit der 313 Sitze in der pakistanischen Nationalversammlung. Die herrschenden Klassen Westpakistans, die schon seit März 69 mit Hilfe einer Militärdiktatur regierten, waren jedoch nicht bereit, das Wahlergebnis zu akzeptieren. In Ostpakistan ausbrechende Aufstände wurden von westpakistanischem Militär brutal unterdrückt. Die bürgerlichen Führer der Awami-Liga machten sich aus dem Staube und gründeten in Indien eine „Exilregierung Bangla Desch". Mehrere Millionen Bengalen, zu 80 – 90 % Hindus, flohen nach Indien.

Indiens Regierung machte sich zum Fürsprecher für das „Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Bangla Desch" und forderte Pakistan zum Abzug aus dem östlichen Landesteil auf. Hierin wurde es unterstützt von der Sowjetunion, die mit dem Militärpakt vom August volle Unterstützung für die Aggression gegen Pakistan zusicherte.

Die indischen Expansionisten sind keine sehr glaubwürdigen Vertreter des Selbstbestimmungsrechts. Sie verweigern die von der UNO geforderte Volksabstimmung in Kaschmir und führen Ausrottungskriege gegen nationale Minderheiten wie etwa die Nagas und Mizos in Nordindien. Die indischen Expansionisten reden vom „freien" Bengalen stets nur mit Bezug auf Ostbengalen, nicht aber von Westbengalen, das einen Teil Indiens bildet. In Westbengalen unterdrückt die indische Regierung die anwachsende revolutionäre Bauernbewegung, die mit Bodenbeschlagnahme und bewaffnetem Kampf antwortet. Sie unterdrückt die Kämpfe des westbengalischen Proletariats, vor allem in und um Kalkutta, mit blutigem Terror.

Es ist klar, daß Indien Ostpakistan nicht besetzt hat, um dem Volk zu seinem Selbstbestimmungsrecht zu verhelfen, sondern um einen Staat unter indischer Vorherrschaft zu schaffen. Ob Indien die Truppen innerhalb eines halben Jahres abziehen wird, ist sehr zu bezweifeln — wenn man z. B. das Verhalten der indischen Expansionisten gegenüber Kaschmir betrachtet. Die indische Regierung hat zunächst erklärt, mit diesen Truppen Morde der Awami-Liga an nichtbengalischen Minderheiten in Ostpakistan verhindern zu wollen. Inzwischen ist es schon zu Massenmorden u. a. an den Biharis gekommen (dies sind Mohamedaner, die bei der Teilung 1947 aus Indien nach Ostpakistan flohen) und Indien hat sich „außerstande" erklärt, diese Morde zu verhindern.

Wozu aber dann die anhaltende Besetzung des „freien"



"Freiheit" wie die Imperialisten sie verstehen

Ostbengalen durch indische Truppen? Um die Herrschaft Indiens in Ostpakistan aufrechtzuerhalten und zu erwartende revolutionäre Kämpfe des Volkes von Bangla Desch zu unterdrücken.

Vorläufig ist es den indischen Expansionisten gelungen, in Ostbengalen eine Militärherrschaft zu errichten. Sie werden versuchen, Ostbengalen auch wirtschaftlich völlig von Indien abhängig zu machen.

Die Awami Liga hat eine Marionetten-Regierung Indiens gegründet. Es wird versucht, die in ostbengalen entstandenen Guerilla-Streikräfte zu entwaffnen. Als Kanonenfutter gegen Westpakistan waren sie gerade recht — jetzt aber wird befürchtet, daß sie ihre Waffen gegen die indischen Besatzer und deren Marionetten-Regierung werden könnten.

Der Freiheitskampf des bengalischen Volkes ist mit der Gründung des Marionetten-Staates Bangla Desch nicht beendet. Er hat gerade erst begonnen.

Antifaschistisches Aktionsbündnis in Hamburg

Fast 2000 Menschen folgten am 11. Dezember dem Aufruf eines antifaschistischen Aktionsbündnisses zu einer Protestdemonstration gegen den Strauß - Auftritt auf einem Kripo - Kongreß in Hamburg (siehe auch nebenstehenden Bericht).


Marsch von 2000 Hamburger Antifaschisten

Im Kampf gegen die faschistische Gefahr ist das gemeinsame und einheitliche Handeln der Arbeiter und aller demokratischen Kräfte unbedingt erforderlich. Nicht zurückweichen, sondern allen Angriffen des Kapitals entschlossen entgegentreten – anders können wir unsere Lebensrechte nicht verteidigen. Als es am 19. Oktober letzten Jahres darum ging, eine Kundgebung der NPD zu verhindern, zeigten bereits viele Hamburger ihre Entschlossenheit in diesem Kampf und wurden durch den Erfolg ihrer Aktion auch weiter darin gestärkt. Zur Demonstration am 11. Dezember hatte sich das antifaschistische Aktionsbündnis dann schon um einige Gruppen erweitert.

Die DKP allerdings, von der viele ein konsequentes Auftreten im antifaschistischen Kampf erwarten, sagte wieder einmal nein zum gemeinsamen Handeln. Anstelle der Notwendigkeit dieses gemeinsamen Handelns, das jedem klassenbewußten Arbeiter eine Selbstverständlichkeit ist, tritt bei der DKP immer deutlicher ihre parteibornierte Haltung. Ihre Studentenorganisation MSB führte an der Universität einen wahren Eiertanz auf, um dies zu rechtfertigen. In einem Flugblatt schrieb der MSB schlichtweg, daß es falsch sei, gegen Strauß auf die Straße zu gehen! Alternativ hatte die „Demokratische Aktion (DA)", ein politisch untätiges Aktionsbündnis im Fahrwasser der DKP, wenigstens noch eine Diskussionsveranstaltung gegen den Strauß - Auftritt geplant. Aber auch diese wurde dann sang - und klanglos fallengelassen.

Es ist offensichtlich, daß eine derartige Politik der Unentschlossenheit und des Zurückweichens die Wiederholung alter Fehler bedeutet, die schon vor 1933 in Deutschland das Aufkommen des Faschismus begünstigten – und damit die grausamste Niederlage, die die deutsche Arbeiterklasse erleiden mußte. Dagegen stellen sich uns heute ganz klare Aufgaben im antifaschistischen Kampf, die auch auf der Schlußkundgebung der Demonstration zur Sprache kamen. Nachdem der Redner auf dem Großneumarkt verschiedene Lehren aus der Entwicklung des Faschismus vor 1933 in Erinnerung gerufen und konkrete Erscheinungsformen der faschistischen Gefahr heute aufgezeigt hatte, führte er weiter aus:

„Wir müssen jetzt darauf hinarbeiten, einen Wahlsieg der CDU / CSU 1973 und ein neues Aufkommen der NPD und anderer Neonazis zu verhindern! Keine Stimme der CDU / CSU! Das muß unsere Parole für 1973 sein!

Wir dürfen die Gefahr einer schnellen Verschärfung der Rechtsentwicklung nicht unterschätzen. Auf dem Höhepunkt der Krise 1966 / 67 hat das Kapital die SPD zur CDU / CSU in die Regierung beordert, weil es sich durch einen stärkeren Einfluß auf die werktätigen Massen erhoffte. Wenn die derzeitige Krise im kommenden Jahr ihren voraussichtlichen Höhepunkt erreicht, könnten die Kapitalisten die SPD - Regierung bereits abservieren und wieder durch die CDU / CSU ersetzen. Die begründete Unzufriedenheit und Kritik an der Politik der herrschenden Klasse wird zunehmend demagogisch gegen die SPD / FDP - Regierung gewendet. Die dem Kapitalismus innewohnende Krisenanfälligkeit nutzen die Demagogen der Kapitalisten geschickt dazu aus, die Enttäuschung und Wut gegen die SPD / FDP zu wenden. Das Kapital verfährt mit der SPD / FDP - Regierung nach dem Prinzip: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Das ist bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag auch sehr leicht möglich. Es brauchen nur ein paar weitere Abgeordnete eingekauft zu werden – der Fall Geldner vor einem Jahr hat offengelegt, w i e so etwas funktioniert, und die Beispiele Mende und Zoglmann haben gezeigt, d a ß es funktioniert.

Als zu Beginn der zwanziger Jahre der Faschismus in Italien die Macht ergriff und 11 Jahre später in Deutschland – hatte er durch scheinradikale Forderungen und skrupellos vorgetragene soziale Demagogie breite Massen gewinnen können. Es handelte sich darum daß die Massen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsführern in große Niederlagen geführt wurden und viele daraufhin enttäuscht, sozial entwurzelt, existenz - und hoffnungslos sich den Faschisten zuwandten. Diese Gefahr besteht wieder! Und es kommt dabei die dringende Aufgabe auf uns zu, die Resignation derjenigen Menschen, die große Hoffnungen in die SPD - Regierung und die Gewerkschaftsführer gesetzt haben, nicht durch weitere Illusionen zu nähren – wie es die DKP tut – sondern klar zu sagen, daß auch eine SPD - Regierung die Interessen des Kapitals vertritt, klar zu sagen, in welche Richtung der Zug fährt und worauf es im Kampf gegen die faschistische Gefahr ankommt.

Dabei ist es völlig unzulässig, den antifaschistischen Kampf im Sinne der Stärkung der einen oder der anderen Organisation parteipolitisch einzuengen. Das hat noch nie den Interessen der Arbeiterschaft und anderer fortschrittlicher Schichten gedient, sondern ihnen im Gegenteil immer nur geschadet!

In den Betrieben, Universitäten und Schulen sollten wir darangehen, antifaschistische Einheits - Komitees auf der Basis einer Minimalplattform zu bilden, die unseren gemeinsamen Kampf unter folgenden Parolen organisieren kann:

- *Gegen den Abbau demokratischer Rechte – Für freie politische Betätigung in Betrieb, Schule und Universität!*
- *Kampf gegen Strauß und die Demagogen der Kapitalistenklasse – Für eine Politik im Interesse der werktätigen Massen!*
- *Schluß mit den politischen Verfolgungen aller fortschrittlichen Kräfte – Für die Aufhebung der KPD - Verbots!*
- *Schluß mit der Kapitalistenhetze gegen die Gewerkschaften! Solidarität mit allen um ihre dringendsten Lebensbedürfnisse kämpfenden Arbeitern!*
- *Gegen die faschistische Formierung der einheitlichen Front aller Werktätigen und aller demokratischen Kräfte!*

Das antifaschistische Aktionsbündnis, das unsere heutige Protestdemonstration organisiert hat, wird in diesem Sinne den Kampf fortführen!"


Kundgebung auf dem Hansaplatz

Strauß in Hamburg:

Faschistische Aufhetzung der Kriminalpolizei

Am 14. Dezember fand unter dem Schutz starker Polizei - Einheiten mit MP - Bewaffnung, Wasserwerfern und Hunden ein Kriminalbeamten - Kongreß in Hamburg statt. Franz Josef Strauß und der Hamburger BdK - Chef Grunert sprachen über „Verbrechen und deren Bekämpfung" (BdK = Bund deutscher Kriminalbeamter).

Grunert beklagte sich über die „rückständige Polizeiorganisation" und forderte eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kripo und Staatsanwaltschaft. Das Bundeskriminalamt sei immer noch funktionsunfähig, was damit zusammenhänge, daß die Parteien zu sehr „dem Druck der Straße nachgeben" würden. Die Öffentlichkeit würde die staatlichen Sicherheitskräfte auch viel zu wenig unterstützen.

Strauß dazu: Die Mehrheit der Bevölkerung habe ein „völlig natürliches Verhältnis zu den Organen der Sicherheit", dies finde sich nur nicht in der Öffentlichkeit vertreten. Konkret: Die „kriminellen Aktionen" der „Baader - Meinhof - Bande" würden im Vergleich zu geringfügigeren Straftaten geradezu von der Presse verschwiegen. Schon auf dem CSU - Parteitag letzten Jahres hatte Strauß neben allen „linksradikalen" Organisationen sowie den Gewerkschaften auch große Teile der liberalen Presse zu den Feinden der CSU gezählt.

Polizeiapparats mit der faschistischen Ideologie heute schon wieder hervorbringt, das zeigt der immer zügellosere Schußwaffengebrauch der Polizei bei Eigentumsdelikten, das zeigt die Ermordung des Münchner Bankräubers Rammelmayr und der Geisel Ingrid Reppel, das zeigt die Ermordung der angeblichen Mitglieder der „Baader - Meinhof - Gruppe" Petra Schelm und Georg von Rauch, das zeigt die brutale Behandlung von der Polizei festgenommener Menschen wie jetzt in Frankfurt (siehe dazu unseren Bericht auf S.8), das zeigt die Niederschlagung eines Streikpostens vor der Kalle - Chemie - AG durch die Kripo, usw.

Diese Entwicklung führt zur Brutalisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch den kapitalistischen Staatsapparat. Wer soll damit getroffen werden? Daß dies keine „blinde gesellschaftliche Entwicklung" ist, sondern vom Kapital gesteuert, gezielt auf die Arbeiterbewegung – das machte BdK - Chef Grunert am 14. Dezember selbst klar. Er grub die alte Nazi - Parole wieder aus, daß die Gewerkschaften die „Wurzel allen Übels" und die „Totengräber unseres Staates" seien!


Strauß und Grunert: „Gewerkschaften sind der Totengräber unseres Staates"

Strauß und Grunert hatten bei den Kriminalbeamten Erfolg mit ihrer Demagogie. Sie klatschten fanatisch Beifall. Was hier durchgezogen wurde, ist ein weiterer Schritt in der faschistischen Aufhetzung der Polizei. Jeder Polizeibeamte soll seinen Dienst mit dem Bewußtsein verrichten:

> Es gibt tausende von Elementen, die unsern Staat und unsere Gesellschaft kaputtmachen wollen. Auf uns Polizisten lastet die ganze Bürde der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit.

Auf diese Weise wird jeder einzelne Polizeibeamte zu einem willenlosen Werkzeug in den Händen des Kapitals, zu einem Büttel, der seine Lebensaufgabe darin sieht, die Autorität des kapitalistischen Staates als die einzig legale Gewalt mit allen Mitteln zu schützen. Welche Ergebnisse diese Durchsetzung des Staats - und

Die Arbeiter müssen aus dieser Entwicklung eine eindeutige Lehre ziehen:

Die Chance, daß die Arbeiter ihre Interessen auf „friedlichem Wege" gegen die staatlich organisierte Macht des Kapitals durchsetzen können, daß es gar möglich sei, einen „friedlichen Übergang" zum Sozialismus zu erreichen, wie einige unverbesserliche Tagträumer uns einreden wollen – diese Chance wird immer mehr zu einer gefährlichen Illusion. Die Arbeiterklasse muß sich darauf einstellen, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft mit allen Mitteln aufrechterhalten will und nicht zögern wird, wie nach 1933 grausamsten Terror gegen alle fortschrittlichen Menschen auszuüben.

Arbeiterkampf
Herausgeber: Verlag ARBEITERKAMPF
c/o Jürgen Reents, 2 HH 13, Hochallee 21
presserechtlich verantw.: K. Ehlers, Hamburg,
Verlagskonten: Dresdner Bank Kto.-Nr. 451 8378
Postscheckkonto Hamburg 240595
Auflage: 6000

'Linksextremismus' an der Universität?

Die Hamburger CDU veröffentlichte im Dezember eine „Untersuchung" über den „Linksextremismus an der Hamburger Universität". Darin wird vor allem gefordert:

- *„Einigkeit sollte darüber bestehen, daß kein Kommunist Hamburger Beamter werden darf, insbesondere nicht als Lehrer an Schulen und Hochschulen."*
- *„Der Hamburger Senat sollte sich im Bundesrat dafür einsetzen, daß die Verfassungsmäßigkeit von DKP, Spartakus (Studentenorganisation der DKP) und anderen Organisationen überprüft wird."*

Bereits im November hatte der Hamburger SPD-Senat ein Berufsverbot für Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst erlassen. Andere Länder folgten. Vorbild hierfür ist der „Korea-Erlaß" der Adenauer-Regierung von 1950, der auch verordnete, daß „Gegner der Demokratie" (wie Demokraten und Kommunisten bekanntlich im Kapitalisten-Jargon bezeichnet werden) nicht bei Behörden beschäftigt werden dürfen.

Die Verweigerungen von Anstellungen haben sich im letzten Jahr wieder gehäuft. Da sind Horst Holzer, Niels Kadritzke, Gerhard Schnieder und Walter Kripe, die nicht an die Bremer Uni durften; Bernhard Laux, der nach Abschluß seiner Referendarzeit nicht in den Hamburger Schuldienst als Lehrer eingestellt wurde, Karl-Heinz Henne, der nicht in Nordrhein-Westfalens Schulen, und Marion Nürnberg, die nicht in einer Schule in Rheinland-Pfalz aufgenommen wurden, Siegfried Richter, der in Flensburg wieder entlassen wurde und Heike Gohl, der das gleiche in Hamburg geschah, Henning Sell, der als Lehrer beim Hamburger Jugendgefängnis Vierlande rausflog, Helmut Lethen, Rudi Schmidt, usw. usw. Daß es sich jeweils um qualifizierte Lehrkräfte handelte, konnten die Behörden nur schlecht hinter fadenscheinigen Begründungen verbergen. Wo es gar nicht ging, wie z. B. bei Heike Gohl, da wurde offen mit einer „Zugehörigkeit zu einer linksradikalen Gruppe" argumentiert. Der Senatserlaß lag ja mittlerweile vor und lieferte die juristische Grundlage.

"Haut den Senatoren die Erlasse um die Ohren !"

In den Betrieben wurden im letzten Jahr unzählige kommunistische und andere fortschrittliche Arbeiter, die den Kampf um mehr demokratische Rechte ernst nehmen, gekündigt oder durch Versetzungen von ihren Kollegen isoliert. Hier ließe sich nicht einmal eine annähernd vollständige Liste aufzählen, zumal die Kapitalisten es in den Betrieben – und gerade in der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation – leicht haben, andere Gründe vorzuschieben. Selbst wo die Kündigung von fortschrittlichen Arbeitern für jeden erkennbar politische Gründe hat, bringen die Kapitalisten andere Gründe und erlogene Behauptungen ins Spiel – wie die Rausschmisse der Vertrauensleute Grassi und Gentzsch bei der RACAG in Hamburg zeigten.

Entlassung von fortschrittlichen Arbeitern, Berufsverbot für demokratische und kommunistische Lehrer, Bespitzelungen, Diffamierungen in der Presse, Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen, polizeiliche und juristische Verfolgungen – das Kapital hat ein ganzes Waffenarsenal gegen seine Gegner bereit. Ständige Vervollkommnung und Anwendung läßt es nicht rosten.

Befürchtungen der Reaktion:...

Wie steht es nun mit der „Untersuchung" der Hamburger CDU über den „Linksextremismus an der Hamburger Universität?"

Die CDU sagt,

> *„daß wir es seit zwei Jahren nicht mehr mit der studentischen Protestbewegung der 60er Jahre zu tun haben, der es um die Verbesserung der Studienbedingungen und die studentische Mitbestimmung in der Hochschule ging. Die Führung der Studentenschaft liegt seitdem bei eindeutig kommunistisch organisierten Kadergruppen ... "*

Man höre! Dieselben Leute, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die studentische Protestbewegung aufs übelste diffamierten, die die demonstrierenden Studenten als „Krawall-Radikale", „randalierende Horden", „kriminelle Minderheiten", „Mob" usw. bezeichneten – dieselben Leute trauern heute der Studentenbewegung von damals nach, unterstellen ihr nicht mehr irgendwelche „anrüchigen" Absichten, sondern rufen: Es ging um die Verbesserung der Studienbedingungen! Aber heute ... ! Die Logik ihrer Absichten will es so. Es ist die Logik der Reaktionäre, die stets die „Unmoral", die „Gefährlichkeit" und „Kriminalität", den „Terror" der gegenwärtigen Kämpfe anprangern, um sie auf das Niveau des Bewußtseins von gestern zurückzuzerren!

Die CDU schreit über die „in ihrer Widerstandskraft geschwächte Universität", gegen die „die linksextremen Gruppen zum Angriff angetreten" seien und beklagt:

> *„Während die Universität auf zusätzliche Stellen für die Studienreform wartet und der politische Senat von der Universität eine Studienreform ohne zusätzliche Stellen dafür erwartet, entwickeln die Linksextremisten eindeutige Vorschläge."*

Und weiter:

> *„Diese Gruppen stoßen in der Studentenschaft auf eine Geisteshaltung, die von weitgehender Kritik bis Ablehnung unserer bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung gekennzeichnet ist."*

Bravo! Die Abneigung und der Protest der Studenten gegen die kapitalistische Klassengesellschaft nimmt zu, und offenbar in einer neuen Weise, die den Rechten gar nicht angenehm ist. Unter den Studenten ist das Bewußtsein stärker geworden, das die Lehren gezogen hat aus einem isolierten, einem ausweglosen nur-studentischen Kampf, das zum gemeinsamen Kampf an der Seite der Arbeiter drängt, das sich orientieren will an den Kämpfen und den sozialistischen Zielen der Arbeiterbewegung.

...Studenten an der Seite der Arbeiter

Für die Arbeiterklasse ist dies von Vorteil. Denn sie braucht Bündnispartner in ihrem Kampf, gerade auch unter der studentischen Intelligenz. Wie schädlich es sein kann, wenn die Studenten auf der Seite des Kapitals stehen, hat die deutsche Arbeiterbewegung gegen Ende der Weimarer Republik und unter dem Nazi-Regime erfahren. Damals gelang es dem Faschismus, große Teile der Intelligenz zu gewinnen. Diese Entwicklung endete in Blut und Elend für alle werktätigen Schichten des Volkes.

Die Arbeiterbewegung stellt heute die Studenten vor die Aufgabe, sich gegen alle Angriffe auf ihre Lebens- und Ausbildungsbedingungen und ihre demokratischen Rechte zu wehren und alle Kämpfe der Arbeiter tatkräftig zu unterstützen. Die Studenten müssen ihre Bereitschaft zeigen, daß sie nicht wieder zu Hilfstruppen des Faschismus gegen die Arbeiter werden wollen. Die Demonstration tausender Studenten gegen den reaktionären Senatserlaß und gegen die Entlassung von Heike Gohl in Hamburg, die Beteiligung vieler Studenten an den Demonstrationen gegen die Ermordung von Petra Schelm und Georg von Rauch, gegen das KPD-Verbot und gegen das reaktionäre BVG, gegen die Reorganisierung der NPD und gegen den Strauß-Auftritt in Hamburg, die Entschlossenheit vieler fortschrittlicher Studenten, faschistische Studentenorganisationen wie RCDS und NHB an der Universität nicht zum Zuge kommen zu lassen, zeigen den richtigen Weg.

Die CDU meint in ihrer „Untersuchung", daß diese Geisteshaltung unter den Studenten bereits zu weit verbreitet ist. Sie ist es noch lange nicht genug!

Keineswegs ist die Gefahr dahin, daß die Mehrheit der Studenten sich erneut den faschistischen Rattenfängern zuwendet. Im Gegenteil: Sie ist sogar sehr akut! Daß sich der RCDS an einigen Universitäten wieder zu regen beginnt und auch Stimmengewinne erzielt, wie z. B. in München und Bonn, ist ein warnendes Zeichen. Es besteht hierbei durchaus kein Widerspruch zu der Tatsache, daß viele Studenten bewußter geworden sind und ein Teil sich auch sozialistisch organisiert hat. Denn wohin die Masse der Studenten sich orientieren wird, hängt letztlich vom Verlauf der Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse ab, davon, wie die Arbeiter ihre politischen Massenkämpfe entfalten werden.

Die Angriffe der CDU, nicht nur auf kommunistische Arbeiterorganisationen, sondern auch auf die fortschrittlichen Studenten, auf die sich herausbildenden sozialistischen Organisationen an der Universität dürfen darum den Arbeitern nicht gleichgültig sein.

Immer noch gilt der Satz von Karl Marx, daß das Proletariat sich nicht anders befreien kann, als daß es alle anderen Schichten mit befreit. Diese Schichten zum Bündnispartner zu gewinnen, ist eine aktuelle Aufgabe für die Arbeiterbewegung, *bevor* die Reaktion dort wieder festen Fuß gefaßt hat. ■

KÖLN
Kapitalisten-Offensive

Das Deutsche Industrie-Institut (Köln), ein Organ der Kapitalistenklasse, hat zur „Informationsoffensive" der Kapitalistenklasse aufgerufen.

In einem Brief, den das Industrie-Institut Anfang Dezember verschickte, heißt es, daß „zwei Jahre sozial-liberale Koalition und Reformpolitik der Wirtschaft der Bundesrepublik Belastungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß beschert" haben. Es sei ein „Alarmzeichen", daß „bei Teilen der Jugend und der gutverdienenden Angestelltenschaft Unternehmerfeindlichkeit und die Verehrung roter Idole zum guten Ton gehören".

Das Industrieinstitut ruft die Kapitalisten auf, „sich der Herausforderung zu stellen" und den Kampf um die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzunehmen. Andernfalls – so heißt es weiter – würden die Kapitalisten „eines Tages als unterprivilegierte Minderheit enden".

Das ist denn doch ein starkes Stück! Die Großkapitalisten, die weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber mehr als 75 % des Volksvermögens besitzen – eine „unterprivilegierte Minderheit"!

Die „Informations-Offensive", die das Industrieinstitut vorschlägt, hat ja gerade zum Zweck, die Kapitalistenklasse als überprivilegierte Minderheit, als Schmarotzer-Kaste, zu erhalten.

Der "Unterpriviligierte"

In einem Begleitschreiben des Industrie-Instituts heißt es, die „Existenz des freien Unternehmertums" sei „gefährdet" und damit auch der Bestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schlechthin. Deshalb müßten die Kapitalisten „gemeinsam um ihre Existenz und ihr Ansehen kämpfen."

Das Industrie-Institut schlägt deshalb vor, durch eine sogenannte „Informations-Offensive" die propagandistische Bearbeitung der Bevölkerung zu verstärken und zu intensivieren. Diese Propaganda-Offensive soll sich konzentrieren auf „besonders ausgesuchte Empfänger", die „durch Beruf oder Stellung zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen".

Dies sind insbesondere Schüler und Lehrer an den Gymnasien, Professoren und Studenten der Wirtschaftswissenschaften, Pfarrer, Politiker und Verwaltungsbeamte.

Empfohlen wird insbesondere die Belieferung dieser Kreise mit dem vom Industrie-Institut herausgegebenen „Unternehmerbrief", der als „ideales Mittel unternehmerischer Öffentlichkeitsarbeit" angepriesen wird und „Verständnis für den Unternehmer und seine Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft" erzeugen soll.

In Einklang hiermit stehen Vorstellungen der Kapitalisten, wonach in den Schulen Vertreter der im Parlament vertretenen Parteien und z. B. auch Vertreter der Kapitalistenverbände auftreten wollen, um die heranwachsende Jugend in ihrem Sinne beeinflussen zu können. ■

Metaller in die Pfanne gehauen!

Mitte Dezember endete die Metalltarifrunde 71 mit einheitlichen Abschlüssen in allen Tarifbezirken. Die Tarifabkommen gelten rückwirkend ab 1. Oktober 71 und werden frühestens am 31. Dezember 72 kündbar. Das Abkommen hat also die außergewöhnlich lange Laufzeit von 15 Monaten. Gemäß dem Tarifabkommen werden ab 1. Januar 72 die Tariflöhne um 7,5 % erhöht. Für die Monate Oktober - November - Dezember sind als Ausgleich insgesamt 180,- DM (netto) gezahlt worden. Es ergibt sich damit, verteilt auf 15 Monate, eine Lohnerhöhung um kaum 6 %. Damit liegen die neuen Tarifabkommen der Metaller also noch unterhalb der „Lohnleitlinien", die Schiller für 1971 mit 7 – 8 % angegeben hatte.



Lohnleitlinien heißt Lohnabbau

Es läßt sich leicht ausrechnen, was ein solches Tarifabkommen für die Metaller bedeutet.

Die Presse und die Regierung geben zu, daß die Preissteigerungen immer noch bei 5 – 6 % jährlich liegen. Tatsächlich sind aber die Lebenshaltungskosten gerade für einen Arbeiterhaushalt noch stärker gestiegen als zugegeben wird.

Die zu erwartenden Steuererhöhungen werden mit 2 % angegeben. Auch das ist wohl eher noch zu niedrig gegriffen. Selbst aus den offiziellen Angaben geht also hervor, daß der Metallabschluß einen Lohnabbau, eine Senkung des Real - Lohns bedeutet. Mit dem Tarifabkommen sind die Metaller bis Ende dieses Jahres gebunden. Welches Ausmaß die Preissteigerungen dann erreicht haben werden, ist noch gar nicht abzusehen. Außerdem ist mit einem Lohnverlust durch Kurzarbeit und ähnliche Maßnahmen der Kapitalisten zu rechnen.

Daher muß schon heute festgestellt werden, daß das Abkommen vom Dezember 71 eine nicht unerhebliche Verschlechterung der Lebenslage der Metaller und ihrer Familien zur Folge haben wird.

Hierzu hat die Tarifpolitik der DGB - Führung ihren Teil beigetragen. Als Schiller vor einem Jahr seine „Lohnleitlinien" aufstellte, erklärte der DGB, er werde sich diese Fesseln nicht anlegen lassen. Damals ging Schiller aber noch davon aus, die Preiserhöhungen um 4 % halten zu können. Inzwischen sind also die Löhne unter den „Leitlinien" geblieben, während die Preise stärker gestiegen sind als vorgesehen.

Wenn die IGM - Führung behauptet, daß das Ergebnis einen „Erfolg unserer Solidarität'" darstellt, einen Sieg über das Lohndiktat der Kapitalisten, so ist das blanker Hohn. Lohnabbau ist kein Erfolg. Wieso soll ein Erfolg sein, wogegen selbst die Gewerkschaftsführer noch vor einem Jahr protestiert haben: nämlich ein „Lohnleitlinien" - Abschluß?



Streikposten bei Daimler - Benz, Mannheim

Ein abgekartetes Spiel

Die Kapitalisten hatten schon Ende 70 ihre Absicht kundgetan, mit Hilfe der „Lohnleitlinien" Schillers die Löhne spürbar zu drücken. Das steht im Zusammenhang mit dem Generalangriff der Kapitalisten auf die demokratischen Rechte und den Lebensstandard der arbeitenden Menschen.

Anfang Oktober begannen die Tarifverhandlungen für die Metall - Industrie. Dabei waren sich Kapitalisten und Gewerkschaftsführung von Anfang an einig, daß der Abschluß um die 7 % liegen sollte – entsprechend dem zuvor in der Chemie - Industrie getroffenen Abschluß. Daß die Kapitalisten mit dem unverschämten „Angebot" von sage und schreibe 4,5 % in die Verhandlungen gingen, während die IGM Forderungen zwischen 10 und 11 % aufgestellt hatte, war nicht weiter als ein Täuschungsmanöver, das einen „Abschluß in der Mitte", d. h. bei 7 %, vorbereiten sollte. Die Gewerkschaftsführung tat schon vor Beginn der Verhandlungen alles, um Diskussionen in den Betrieben zu unterbinden und aus den Betrieben kommende Forderungen wie „120 Mark für alle" oder „15 % mehr" abzublocken.

In den Verhandlungen selbst ging die IGM so vor, daß sie zwar die Lohnverhandlungen praktisch *zentral* führte (und so „Alleingänge" der Tarifbezirke verhinderte), aber nur in *einem* Tarifbezirk einen Streik zuließ. Hierdurch wurde die Kampfkraft der Metaller von Anfang an geschwächt. Nur ein Teil der Metaller, nämlich die Kollegen von Nordbaden - Nordwürttemberg, wurde überhaupt in den Kampf geführt. Bevor der Streik in Nordbaden - Nordwürttemberg aber begann, hatte die IGM schon einem „Schlichtungsvorschlag von 7,5 % bei siebenmonatiger Laufzeit zugestimmt. Die Kapitalisten lehnten diesen Vorschlag jedoch ab. Damit war einmal erreicht, daß der Streikkampf von vornherein auf die 7,5 % begrenzt blieb (statt auf die ursprünglichen 11 %), während sich die Kapitalisten Verhandlungsspielraum für ein scheinbares „Nachgeben" offen gehalten hatten. So begann Ende November der Streik in den Großbetrieben Nordbaden - Nordwürttembergs. Die Kapitalisten „antworteten" auf ihre Art mit der Aussperrung.

Tatsächlich sperrten die Kapitalisten nicht nur in Baden - Württemberg aus, sondern auch in den anderen Tarifbezirken, mit der Begründung von „Materialmangel". In Wahrheit nahmen die Kapitalisten damit nur die Gelegenheit zu von ihnen ohnehin geplanten Produktionseinschränkungen (Kurzarbeit) wahr.

Es muß also festgestellt werden, daß die Kapitalisten den Arbeitskampf über Baden - Württemberg hinaus ausdehnten, während die IGM den Kampf auf Baden - Württemberg (Nord) beschränkte und die Verhandlungen in den anderen Tarifbezirken verschleppte. Eine zentrale Demonstration am 8. Dezember in Stuttgart nach dreiwöchigem Streik sollte noch einmal die angebliche Kampfbereitschaft der IGM - Führer unter Beweis stellen und als Überdruck - Ventil für die angestaute Empörung der streikenden Metaller dienen. Zwei Tage später war das Tarifabkommen unter Dach und Fach.

Klarer Wille der Metaller wurde mißachtet

Die Metaller waren schon beim Aufstellen der 10 – 11 % - Forderung betrogen worden, die nicht dem Kampfwillen in den Betrieben entsprach. Nachdem diese Forderung aber aufgestellt war, waren die Metaller entschlossen, wenigstens diese Forderung auch wirklich durchzusetzen.

Die Demonstration der Baden - Württemberg Metaller in Stuttgart war eine eindeutige, unüberhörbar Willenskundgebung für die Durchsetzung der vollen 11 %. Immer wieder riefen die 40 000 ihre Forderung „Eins, zwei, drei, vier, ... eeeelf!" und „11 %, die fordern wir, darum sind wir heute hier!".

Die Demonstration der 40 000 in Stuttgart war ein klarer Auftrag an die IGM - Führung. Den Gewerkschaftsführern war aber ihre Bindung an die „Konzertierte Aktion" und Schillers „Lohnleitlinien" wichtiger als der klare Auftrag der Metaller.

Was sind solche Gewerkschaftsführer anderes als Beauftragte der Kapitalistenklasse?

Metaller waren kampfbereit

An der Entschlossenheit der Metaller, ihren Kampf bis zum Ende zu führen, war nicht zu zweifeln. In Baden - Württemberg, wo über 80 % der Metaller gewerkschaftlich organisiert sind (in den Großbetrieben wie Daimler über 90 %) waren die Streikenden entschlossen, notfalls auch bis Weihnachten durchzuhalten.

Auch in den anderen Tarifbezirken war große Streikbereitschaft vorhanden. Diese wurde systematisch blockiert von den IGM - Führern, die die Verhandlungen endlos hinauszögerten und selbst nach Abbruch der Verhandlungen nicht zur Durchführung von Urabstimmungen bereit waren. Trotzdem kam es noch unmittelbar vor Abschluß des Tarifvertrags in Stuttgart zu spontanen Proteststreiks u. a. in Hessen und Hamburg.

Die Metaller von Nordbaden - Nordwürttemberg wußten, daß es um mehr als Prozente ging, daß es um den politischen Kampf Klasse gegen Klasse ging. Am klarsten brachten das die Kollegen von Daimler - Benz Mannheim zum Ausdruck, die die Avantgarde der Streikfront bildeten. Auf einem der roten Spruchbänder, die sie vor dem Betrieb angebracht hatten, hieß es:

„Geschlossene Arbeitermacht Kämpft gegen Kapitalherrschaft!"

Spruchbänder auf der Stuttgarter Demonstration machten klar: ebenso wie es 1945 ohne Kapitalisten ging, als alles in Schutt und Trümmern lag, ebenso gut könnte es auch heute gehen. . „Kann Schleyer nicht mehr weiter, übernehmen den Betrieb die Benz - Arbeiter", wie die Mannheimer Kollegen sagten.

Klar ist aber auch geworden, daß dieser Kampf nicht zu führen ist mit den jetzigen Gewerkschaftsführern, auch wenn sie – wie Bleicher, den Schein persönlicher Ehrlichkeit und Anständigkeit auf ihrer Seite haben. Mit solchen Führern ist kein Blumentopf zu gewinnen. Nicht einmal im Lohnkampf, geschweige denn in einer grundsätzlicheren Auseinandersetzung. Das gilt es auch bei den kommenden Betriebsratswahlen zu beachten, wo es darum geht, Kollegen unseres Vertrauens mit der Wahrnehmung unserer wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu beauftragen. ■

Die Betriebe arbeiten wieder

Unser Dank gilt besonders den betroffenen Firmen, die die Belastungen des Arbeitskampfes auf sich genommen haben.

Aber es hat sich für alle Betriebe gelohnt.

Das Ergebnis liegt unter den vorausgegangenen Einigungsvorschlägen. Denn es bedeutet:

- Die Arbeitnehmer werden am Wachstum unserer Wirtschaft beteiligt.
- Die Gesamtbelastung der Unternehmen beträgt bei einer Laufzeit von 15 Monaten etwa 7%.
- Die 15 Monate Laufzeit geben der Metallindustrie eine vernünftige Kalkulationsbasis und bringen die notwendige Ruhe in dieser konjunkturpolitisch so schwierigen Zeit.
- Das Ergebnis bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Schritt hin zur Wiedergewinnung der Stabilität, aber noch keine Stabilität.
- Der Vertragsabschluß hat die Lösung des Gesamtkonflikts für die Metallindustrie des Bundesgebiets möglich gemacht.
- Der Abschluß hat die Tarifautonomie gestärkt.

Dieser in freien Verhandlungen gefundene Kompromiß ist ein Sieg der Vernunft!

-band Württemberg-Badisch- Metallindustrieller

Metallindustrie

Kapitalistenanzeige: Volle Zufriedenheit

Texaco-Streik

'Betriebsnahe Tarifpolitik?'



Hamburg - Grasbrook

Drei Wochen lang kämpften die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Texaco - AG im Vollstreik für 4 % Vorweganhebung (Angleichung der Löhne und Gehälter an das branchenübliche Niveau), darüberhinaus für Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 %, Erhöhung der Ausbildungsvergütung, sowie einigen kleinen Nebenforderungen. Vor Streikbeginn boten die Texaco - Bosse 8 % Lohn - und Gehaltserhöhung, sowie „vermögenswirksame Leistungen" (26 DM monatlich).

Der Streik begann am 22.11.71 morgens 6 Uhr in der Raffinerie in Hamburg - Grasbrook und im Zentrallabor in Hamburg - Wilhelmsburg; einen Tag später in der Raffinerie in Hemmingstedt (bei Heide, Holstein). Der Streik legte auch die Verkaufsläger in Hamburg, Duisburg und Hamm lahm.

Dem Streik liefen Urabstimmungen der 3 in der Haustarifkommission zusammenarbeitenden Gewerkschaften IG - BE (Bergbau & Energie), IG Chemie und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen voraus. Durchgeführt wurde die Urabstimmung in den beiden Raffinerien in Hemmingstedt und Grasbrook, der Fettfabrik Kiel, den Bohr - und Förderbetrieben Hohne, Holstein und Wietze, im Zentrallabor Wilhelmsburg und in 7 Verkaufslägern. Bis zu 98 % der organisierten Kollegen entschieden sich für Streik. Von den insgesamt 8.000 Texaco - Beschäftigten unterliegen 4.950 Arbeiter und Angestellte den haustariflichen Bestimmungen (d. h., daß über 3.000 Beschäftigte außertariflich bezahlt werden!).

Die streikenden Kollegen organisierten ihren Streik vorbildlich, obgleich dies durch die ständigen Provokationen und Streikbrecher - Aktionen der Texaco - Bosse nicht leicht war: In Grasbrook wurde nachts in Abwesenheit der Streikposten das Streiklokal überfallen und verwüstet. Die Klassenjustiz verbot den streikenden Kollegen das Wort „Streikbrecher" zu verwenden. Die Geschäftsleitung versuchte Streikbrecher mit einer 30 - Mark - Tagesprämie zu ködern und verbreitete mündlich und schriftlich ununterbrochen lügnerische Meldungen, die sich u. a. auch an die Familienangehörigen der streikenden Kollegen wandten. Darüberhinaus karrten die Texaco - Bosse allerhand leitende und technische Angestellte aus der ganzen Bundesrepublik zusammen, die sich vergebens bemühten, die Produktion in Hemmingstedt aufrechtzuerhalten. Durch Lieferhilfe - Abkommen z. B. mit BP und „Einsatzplänen für den Streikfall" hatten sich die Taxaco - Bosse schon von langer Hand auf einen Streik vorbereitet. Bei Lieferschwierigkeiten sollten außerdem ausländische Texaco - Tochtergesellschaften einspringen. Trotz aller dieser Maßnahmen gelang es den Kapitalisten nicht, die Kampfmoral der Texaco - Kollegen zu erschüttern. Im Gegenteil wurde mit jeder neuen „Überraschung" der Konzernleitung die Streikfront nur weiter gefestigt.

Der neue Tarifabschluß, der zwischen den Texaco - Bossen und den 3 beteiligten Gewerkschaften zustandekam, sieht vor:

Mit Rückwirkung vom 1. Oktober 71 Lohn - und Gehaltserhöhungen von 8 %, eine Zulage (Angleichung) von 35 Mark / Mt. bzw. 20 Pf. / Std. (das entspricht ca. 3 %), „vermögenswirksame Leistungen" von 26 Mark monatlich, Erhöhung der Ausbildungsvergütung zwischen 50 und 110 Mark, sowie leichte Verbesserungen in der Gehaltsstaffel.

Die Deutsche Texaco AG gehört zu 97 % dem USA - Ölkonzern Texaco Inc., New York. Seit Jahren kommt den Texaco - Bossen zugute, daß „ihre" Arbeiter und Angestellten teilweise erheblich schlechter bezahlt werden, als die Beschäftigten der anderen Mineralölkonzerne in Westdeutschland, wie etwa Shell, BP, Esso aber auch Aral / Gelsenberg.

In der letzten Zeit machte der Texaco - Konzern erhebliche Profite. Er selbst weist für die ersten 9 Monate von 1971 einen Reingewinn (Gewinn nach Abzug aller Kosten) von 2,2 Milliarden Mark aus. So konnten auch die Gewerkschaftsführer den teilweise erheblichen Lohnrückstand zum branchenüblichen Niveau vor den Texaco - Kollegen nicht mehr legitimieren und forderten eine Vorweganhebung von 4 %. Allerdings waren diese 4 % ohnehin zu niedrig für eine wirkliche Angleichung, besonders in den unteren Lohngruppen. An der Frage der Vorweganhebung spitzte sich dann auch der Tarif - Konflikt zu und führte letztlich zum Streik: die Texaco - Bosse weigerten sich in den Verhandlungen mit der Gewerkschaftsführung beharrlich, die Löhne „ihrer" Arbeiter an das Lohnniveau ihrer Konkurrenz anzupassen.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung hat erheblich mit zu dieser ständigen Lohndifferenz beigetragen. Diese Politik kommt vor allem in der Ideologie der Gewerkschaftsführung zum Ausdruck, die nur solche Forderungen zuläßt, „die sich an der Rentabilität des Konzerns orientieren." Diese

Forts. S. 7

Heide
Texaco-Streik in Hemmingstedt

Vom TEXACO - Streik in Hemmingstedt (bei Heide) schickt uns unsere Heider Sympathisanten - Gruppe folgenden Bericht, den wir hier leicht gekürzt wiedergeben:

Da die Tarifverhandlungen an der Unnachgiebigkeit der Konzernleitung scheiterten, rief die Gewerkschaft zur Urabstimmung auf. Es stimmten in Hemmingstedt 77 % der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik. Daraufhin wurde zwischen Gewerkschaft und Konzernleitung ein sog. „Abfahrplan" ausgearbeitet. Dieser sah vor, den Betrieb innerhalb einer Woche stillzulegen. Diese Woche nützten die Texaco - Bosse frech und holten sich aus anderen Texaco - Betrieben Techniker und Ingenieure heran, um mit ihnen und den eigenen Handlangern die Produktion aufrechtzuerhalten. Auf Grund der Unterbesetzung in den Anlagen und der mangelnden Sachkenntnis und Erfahrung dieser Leute, gefährdete die Konzernleitung das Leben aller noch im Werk Arbeitenden. Das hierauf von der Gewerkschaft hinzugezogene Gewerbeaufsichtsamt Itzehoe schritt trotz der 50 % igen Unterbesetzung nicht wesentlich ein. Es billigte damit das lebensgefährliche Vorgehen der Konzernleitung: Profitsicherung auf Kosten des Lebens der Arbeiter und der umliegenden Bevölkerung.

Durch Panikmache um den Arbeitsplatz, Gerede von der „Lohn - Preis - Spirale", falschen Informationen, der tatkräftig von der bürgerlichen Lokal - Presse unterstützt wurden, unterschwellige Drohungen in Briefen vor und während des Streiks, versuchte die Konzernleitung den Streik und die Solidarität der Arbeiter zu zerschlagen. Außerdem köderte die Konzernleitung Arbeitswillige mit Sonderzulagen: Jeder der seine Arbeitsbereitschaft - trotz Streiks seiner Kollegen - mit Unterschrift unter ein entsprechendes Schriftstück bekundete, erhielt 30 DM netto pro Tag. Einige wenige konnten so ins Lager der Streikbrecher herübergezogen werden. Insgesamt aber hat die Konzernleitung mit allen ihren „Maßnahmen" nur die Streikentschlossenheit der übergroßen Mehrheit aller Kollegen gestärkt.

'Akademische Leiharbeiter'

Die Texaco - Bosse hatten gehofft, mit ihren leitenden und technischen Angestellten, sowie anderen höheren Tieren die Produktion in Hemmingstedt doch noch aufrechterhalten zu können. So karrten sie Akademiker aus der ganzen Bundesrepublik zusammen. Sie hofften wohl, was die „ungebildten Arbeiter" könnten, müßte doch eigentlich ihren Eierköpfen leichtfallen. Natürlich sind sie dabei glatt auf den Arsch gefallen. Die örtliche Streikleitung der IG Bergbau & Energie deckte die Skrupellosigkeit der Texaco - Bosse auf und schrieb dazu in ihren Streiknachrichten:

Aber für die arbeitenden Belegschaftsmitglieder der Raffinerie, also für die Männer aus der Stammbelegschaft, gibt es nichts dergleichen. Obwohl gerade sie durch die noch betriebenen Produktionsanlagen größten Gefahren ausgesetzt sind. Für sie gibt es statt der höchsten Gefahrengruppe in der Versicherung bei Schichtbeginn ein gütiges Lächeln der hochversicherten AT am Werkstor.

Das Rundschreiben 313/71 sollte jedem jetzt noch arbeitenden Stammbelegschaftsmitglied der Raffinerie Hemmingstedt zu denken geben. Aber auch die Frauen und Kinder sollten prüfen; ob der schnöde Judaslohn von DM 30,— es wert ist, die Gesundheit und das Leben des Ernährers aufs Spiel zu setzen. Seitdem die »akademischen Leiharbeiter« aus den übrigen Texaco-Betrieben in Hemmingstedt das Benzin produzieren, ist es im Werk gefährlicher geworden.

Die Texaco sagt in ihrem Rundschreiben 313/71 selbst, daß die von den abkommandierten Technikern »während des Arbeitskampfes« ausgeführten Arbeiten »gegenüber ihrer regulären Tätigkeit erhöhte Gefahren mit sich bringen«.

Ein günstiger Wind hat der STREIK-einheit ein internes Rundschreiben des Texaco-Vorstandes auf den Tisch geweht. Es trägt die Nr. 313/71 und die Unterschriften des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Dr. Griebel sowie des Personaldirektors Vogt. Es ist ein Rundschreiben mit entlarvendem Inhalt. Am 22. November begann der Streik. Und am 22.11. wurde das Rundschreiben Nr. 313/71 verfaßt. Schon am ersten Streiktag hatten die Öl-Ritter ihren Anti-Streikplan fix und fertig. Von langer Hand vorbereitet.

Damit haben die Texaco-Bosse ihre Maske fallen lassen. Jetzt zeigen sie ihr wahres Gesicht. Jetzt zeigen sie, was sie von den »arbeitswilligen Mitarbeitern« in der Raffinerie Hemmingstedt — oder auch Streikbrecher genannt — halten.

Denn: Die Arbeit in der bestreikten Raffinerie Hemmingstedt ist gefährlich geworden. Gefährlicher, als die Angehörigen der »arbeitswilligen Mitarbeiter« zu glauben vermögen. Aber das stört die Texaco-Bosse nicht. Sie wollen die harte Auseinandersetzung. So recht nach amerikanischem Stil!

In dem internen Rundschreiben 313/71 des Texaco-Vorstandes ist von den Mitarbeitern die Rede — und jetzt zitieren wir wörtlich! — »die während des Arbeitskampfes Arbeiten ausführen, die gegenüber ihrer regulären Tätigkeit erhöhte Gefahren mit sich bringen«.

Erhöhte Gefahren also in der Raffinerie Hemmingstedt!! Intern geben die Texaco-Bosse das zu. Draußen vor dem Südtor erklärten Dr. Brandes und seine Helfershelfer aus der Texaco-Zentrale noch am 3. 12., daß sie nur zur Sicherheit des Betriebes in Hemmingstedt weilen. Alles kalter Kaffee. Die Wahrheit sieht anders aus!

Und weil das so ist, hat die Texaco-Personaldirektion in diesem Rundschreiben 313/71 — wir zitieren wieder wörtlich — geschrieben:

»Die Versicherungsabteilung versichert Lohnempfänger und Tarifangestellte für die Zeit des Sondereinsatzes in der KU-Versicherung mit DM 50.000,— für den Todesfall, DM 100.000,— für den Fall der Invalidität sowie DM 20,— Tagesgeld. Zu Lasten der Gesellschaft wird auch das außerberufliche Risiko übernommen.
Bereits versicherte AT und OB werden von der Versicherungsabteilung für die Zeit des Sondereinsatzes in die höchste Gefahrengruppe eingestuft.«

Klarer Fall: Die AT (Außer-Tarifangestellte) und OB (Oberbeamte) sind in die höchste Gefahrengruppe eingestuft. Und auch das »außerberufliche Risiko« übernimmt die Gesellschaft.

Auch ein Nichler kam aus *Meerbeck*

Den »akademischen Leiharbeitern«, die aus der ganzen Bundesrepublik zusammengetrommelt wurden, um sich in der Raffinerie Heide an der Produktion zu versuchen, scheint die Luft und die Lust zu vergehen. Die Hamburger Texaco-Bosse suchen nun verzweifelt nach weiteren experimentierfreudigen Technikern. Die chemischen Werke Meerbeck (Moers) scheinen da über ein recht großes Reservoir entbehrlicher Mitarbeiter zu verfügen. Gestern erhielt ein weiterer Meerbekker den Marschbefehl nach Holstein. Techniker Nichler mußte seinen Koffer packen. Lakonisch teilte ihm die Geschäftsleitung mit, Wäsche sei für 14 Tage mitzunehmen. Hoffentlich hat der unorganisierte Nichler warmes Unterzeug nicht vergessen. Hier in Holstein dürfte es ihm bald recht kühl werden.

Lehrlingsstreik

Frankfurt

Ende November 1970 organisierten ca. 100 bis 120 Lehrlinge der Frankfurter städtischen Lehrlingsausbildungswerkstatt (LAW) den bis dahin größten Lehrlings-Streik in Westdeutschland. Ein Jahr später wurde – wiederum in Frankfurt – ein neuer größerer Lehrlingsstreik bei der DVSG (Deutsche Vereinigte Schuhmaschinen GmbH) durchgeführt, an dem sich ca. 60 Lehrlinge beteiligten. Der DVSG-Streik verlief ohne konkreten Erfolg. Als Erfolg im allgemeinen ist aber schon die Tatsache zu werten, daß Lehrlinge immer häufiger – trotz generellem Streikverbot für sie – nicht mehr bereit sind, alles kampflos hinzunehmen und zunehmend begreifen, daß sie ihre Interessen gemeinsam und organisiert in die Hand nehmen müssen.



1970: Lehrlingsstreik in der LAW

Der Anlaß für die Streikaktionen der DVSG-Lehrlinge war derselbe, wie vor einem Jahr für die LAW-Lehrlinge: begründungslose Kündigung von Lehrlingen des 1. Lehrjahres am Ende der 3-monatigen sog. „Probezeit". So wurden bei der DVSG am 30. 11. 71 – dem letzten Tag der „Probezeit" – 3 Lehrlinge ohne jede Begründung von der Geschäftsleitung gekündigt. Das Vorgehen der Geschäftsleitung diente ganz offensichtlich der Einschüchterung aller Lehrlinge des Betriebes. Immer häufiger wird bekannt, daß westdeutsche Großbetriebe planmäßig einige Lehrlinge mehr einstellen, als sie in Wirklichkeit brauchen. So können sie am Ende der „Probezeit" diejenigen wieder auf die Straße setzen, die ihnen zu „unbequem" erscheinen. Die so gekündigten Lehrlinge haben es dann immer sehr schwer, eine neue Lehrstelle zu finden, in der sie eine einigermaßen brauchbare Ausbildung mitbekommen: Die besten Lehrstellen sind nach diesen 3 Monaten schon längst vergeben. Häufig sogar müssen sie ihren Beruf wechseln und verpassen den Anschluß an den Lehrstoff der Berufsschule.

Die 3 entlassenen Lehrlinge erkundigten sich bei der Jugendvertretung über Rechtmäßigkeit ihrer Kündigung und mögliche Gegenmaßnahmen. Die Jugendvertretung war vorher nicht informiert worden. Der Betriebsrat hatte – im Interesse der Geschäftsleitung – dem Rausschmiß der Lehrlinge bereits zugestimmt, ohne zuvor die Jugendvertretung dazu zu hören, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Mehr noch: der Meister, der im wesentlichen den Rausschmiß der Lehrlinge veranlaßt hat und in seiner Funktion (Überwachung der Lehrlinge bei der DVSG) eindeutig Interessenträger der Geschäftsleitung ist, sitzt selbst als Mitglied im Betriebsrat: Ein ganz unmöglicher Zustand für eine Arbeitervertretung, die ja gerade die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge g e g e n ü b e r der Geschäftsleitung vertreten soll.

Daraufhin legten, auf Initiative der Jugendvertretung, ca. 60 Lehrlinge die Arbeit nieder. Sie versammelten sich in der Kantine und verlangten eine ausreichende Erklärung für die Entlassungen. Die Geschäftsleitung antwortete mit massiven Drohungen, woraufhin ca. 20 Lehrlinge eingeschüchtert an die Arbeit zurückkehrten. Die anderen Lehrlinge harrten aus und verlangten später noch einmal eine Erklärung der Geschäftsleitung. Als von dieser Seite wieder nur Drohungen und Einschüchterungsversuche kamen, wurde die Streikaktion als „zwecklos" abgeblasen. Die ausgesprochenen Entlassungen blieben „rechtskräftig".

Warum hatte die Aktion der DVSG-Lehrlinge keinen Erfolg? In der DVSG entstand der Streik spontan und ohne Vorbereitung. Die anleitenden Kollegen dieser Aktion, die Jugendvertretung, hatte wenig Erfahrungen. So konnte nicht verhindert werden, daß der Streik bereits bei der ersten massiven Drohung durch die Geschäftsleitung abbröckelte. So war auch der Jugendvertretung vorher nicht klar, wie die Geschäftsleitung auf diesen Streik reagieren würde. Wahrscheinlich versprach sich die Jugendvertretung – in Verkennung der Machtverhältnisse im Betrieb – in illusionärer Weise einen kurzfristigen Erfolg, der bei derartigen Lehrlingsstreiks sehr unwahrscheinlich ist.

Die Lehrlinge sind im Betrieb meistens nur eine zahlenmäßig kleine und somit auch schwache Gruppe. Auch ihre Stellung im Produktionsprozeß macht einen Lehrlingsstreik für den Kapitalisten meistens nicht so gefährlich wie z. B. ein Abteilungsstreik von Arbeitern, der häufig große Teile der gesamten Produktion eines Betriebes lahmlegen kann. Gerade darum ist der Schutz und die Unterstützung der älteren Kollegen für die Lehrlinge sehr entscheidend. So ist es eine wichtige Aufgabe der Jugendvertreter, die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit ihren älteren Kollegen und vor allem deren Vertrauensleuten zu suchen und auszubauen.

Die Kapitalisten werden immer versuchen, die Lehrlinge von der Belegschaft abzuspalten und zu isolieren. So sind sie schwach und für den Kapitalisten leicht zu beherrschen und dirigieren, wie der erfolglose Streik bei der DVSG zeigt. So wichtig wie die Einheit der Lehrlinge untereinander ist, so wichtig ist auch ihre Einheit mit den Arbeitern und Angestellten.

Der Betriebsrat der DVSG, der schon dem Rausschmiß der 3 Lehrlinge zustimmte, versuchte allerdings im Sinne der Geschäftsleitung die Isolierung der Lehrlinge weiter voranzutreiben. So kündigte er wegen des Lehrlingsstreiks jede Zusammenarbeit mit der Jugendvertretung in der Zukunft auf. (Der Betriebsratsvorsitzende ist übrigens Mitglied des IGM-Ortsverbandes in Frankfurt.) Dadurch hat der Betriebsrat in deutlicher Sprache zu verstehen gegeben, nach wessen Geige er tanzt: nach der der Geschäftsleitung!

In der Gewerkschaft selbst müssen die Jugendvertreter z. B. dafür kämpfen, daß ihr Tarifvertrag Bestandteil eines gemeinsamen Vertrages mit dem der Arbeiter und Angestellten wird. Ebenso muß erreicht werden, daß der Lohn der Lehrlinge in Prozent-Sätzen vom Facharbeiterlohn ausgedrückt wird, also z. B.:

- 1. Lehrj. = 60 % vom Facharb.lohn
- 2. Lehrj. = 70 % vom Facharb.lohn
- 3. Lehrj. = 80 % vom Facharb.lohn
- 4. Lehrj. = 90 % vom Facharb.lohn

Dabei soll der Gedanke an den sog. „Existenzlohn" unbedingt erhalten bleiben: also muß die reale Höhe des Lehrlings-Lohnes (in Mark und Pfennig) so hoch sein, daß ein Lehrling davon, ohne Hilfe der Eltern, existieren kann. Das sind derzeit mindestens 500,– Mark pro Monat. ★

Forts. von S.6

Texaco-Streik

arbeiterfeindliche Ideologie der Gewerkschaftsführung läuft darauf hinaus, den Lohnanspruch der Arbeiter zu beschränken auf einige Rosinen des Kuchens, der aus der Lohnarbeit der Arbeiter gebacken ist, aber von den Kapitalisten gegessen wird.

Ausdruck findet diese arbeiterfeindliche Haltung der Gewerkschaftsführer in der von ihnen so lauthals propagierten „betriebsnahen Tarifpolitik". Diese hat die totale Aufsplitterung der Arbeiterklasse in einzelne Betriebe und Konzerne in ihren Lohnkämpfen zur Folge. In der Mineralöl-Industrie sieht es daher immer so aus, daß die Belegschaft eines einzelnen Konzerns in den Arbeitskampf tritt, während sich die Kapitalisten untereinander leicht mit „Lieferhilfsabkommen" usw. absichern können; immer nur ein kleines Häuflein Arbeiter gegen die weltweit organisierten Ölkonzerne.

Den Texaco-Bossen ist dies natürlich nur recht. So winselt der Vorstand der Deutschen Texaco-AG in einem Brief vom 12. Nov. 71 allen Arbeitern und Angestellten vor: „Getrennte Haustarife für einzelne Unternehmen werden gerade abgeschlossen, um die besonderen Verhältnisse dieser U n t e r n e h m e n zu berücksichtigen." Richtig, ihr Herren Kapitalisten! Die „besonderen Verhältnisse" der A r b e i t e r und A n g e s t e l l t e n werden dabei allerdings vollkommen mißachtet.

„Betriebsnahe Tarifpolitik" bedeutet nicht – wie uns die Gewerkschaftsführer demagogisch weismachen wollen – eine stärkere Einbeziehung der betrieblichen Vertreterkörper (BR und VLK) in den Tarifkampf, sondern die Tarifauseinandersetzungen werden nach wie vor allein von den Gewerkschaftsführern geleitet. Die Kollegen im Betrieb und ihre Vertrauensleute bleiben ausführende Organe.

Anläßlich des Texaco-Streiks, schreibt der „CHEMIEARBEITER" zum Thema „betriebsnahe Tarifpolitik" (der „CHEMIEARBEITER" ist eine Branchenzeitung des KB/Gruppe Hamburg für die Kollegen der chemischen Industrie):

„Die Gewerkschaftsführung aber spaltet so die Arbeiterbewegung in viele tausend e i n z e l n e Lohnkmämpfe. Die IG Chemie allein schließt jährlich über 300 Lohntarife ab. Durch die „betriebsnahe Tarifpolitik" wird der Karren noch weiter in den Dreck gezogen.

Die Gewerkschaftsführer wollen jetzt die „betriebsnahe Tarifpolitik" allen Kollegen als die große Masche verkaufen. Dazu dient ihnen der Texaco-Streik. Schon bald werden wir in den Vertrauensleute-Körpern die ersten Kostproben vorgesetzt bekommen. In der letzten Betriebsversammlung von COLGATE-PALMOLIVE legte Gewerkschafts-Sekretär Harry Herrling damit schon los.

In die gleiche Kerbe hauen Betriebsräte, die bei den Kollegen nicht mehr ankommen. Sie brauchen wieder „spektakuläre Erfolge", um bei den Betriebsrätewahlen im Frühjahr die Stimmen der Kollegen zu erschleichen. „Betriebsnahe Tarifpolitik" ist ihnen dafür recht! Auf der Mitgliederversammlung der Norddeutschen Affinerie winselte Betriebsrats-Vorsitzender Hans Enoch: „Die Unternehmer hätten sich den Streik sparen können (gemeint der letzte Chemie-Streik in Hamburg, Red.), wenn sie einen Haustarif gemacht hätten." Nur die gesamte Kampfkraft a l l e r Chemiekollegen zwingt die Chemiekapitalisten auf die Knie. Diese Erfahrung steckt fest in unseren Köpfen.

„Betriebsnahe Tarifpolitik" kann deshalb für uns nur heißen: Gewerkschaftspolitik wird im B e t r i e b gemacht und nicht in den Vorständen, damit wir nicht wieder in die Pfanne gehauen werden ... "

Den Arbeitern und Angestellten der Texaco hat diese „betriebsnahe Tarifpolitik" inzwischen einen um mehr als 10 % niedrigeren Lohn beschert, als er bei anderen Mineralöl-Konzernen gezahlt wird. Vergleicht man z. B. mit Stand vom September 1971 die Löhne von Texaco und Shell, so ergibt sich folgendes Bild: Der Lohn eines Abfüllers in Lohngruppe 2 ist bei Texaco mit DM 1.052,70 gegenüber Shell mit DM 1.298,– um DM 245,30 oder ca. 23,5 % niedriger. Ein Handwerker aus Lohngruppe 6 verdiente bei Texaco mit DM 1.244,10 insgesamt DM 147,90 oder ca. 12 % weniger als sein Kollege bei Shell mit DM 1.392,–. Auch ein Facharbeiter aus Lohngruppe 9 bekam bei Texaco (DM 1.386,78) DM 158,22 oder ca. 10 % weniger als bei Shell (DM 1.545,–).

Um die Isolierung der kämpfenden Texaco-Kollegen zu überwinden, hat es mehrere vorbildhafte Solidaritätsaktionen anderer Arbeiter gegeben. Bereits in den ersten Tagen trafen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet zahlreiche Solidaritätstelegramme ein. Aus vielen Schachtanlagen kamen auch Geldspenden und Sachspenden (Zigaretten, Kaffee und ‚harte Sachen') für die Streikposten an, die ihren Dienst rund um die Uhr organisierten. Vertrauensleute und Kollegen von der Norddeutschen Affinerie, der Reichhold-Albert-Chemie-AG und der Kupferhütte Ertel-Bieber (alles Hamburg) fuhren sogar selbst nach Grasbrook raus, um den Streikposten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Am 7. und 8. Dez. 71 klebten sich ca. 60.000 Bergarbeiter an der Ruhr rote Plaketten mit dem Aufdruck „Wir machen mit – es geht auch ohne Texaco-Sprit" auf ihr Auto und riefen zum Boykott von Texaco-Tankstellen auf. An Texaco-Tankstellen selbst wurden Flugblätter verteilt, die die Tank-Kunden vom Streik unterrichteten und zu seiner Unterstützung durch Tank-Boykott aufriefen.

Diese solidarischen Aktionen vieler Arbeiter sprechen eine deutliche Sprache: Die Arbeiterklasse will gemeinsam, einheitlich und geschlossen kämpfen. Die Arbeiter wissen, daß allein ihre Einheit und Solidarität die Kapitalisten-Macht schlägt. Gewisse Gewerkschaftsführer und SPD-Betriebsfürsten, die dagegen die Einheit der Arbeiterklasse weiter mit der „betriebsnahen Tarifpolitik" aufspalten wollen in viele kleine Häufchen, begehen eindeutig Verrat an der Arbeiterklasse. Die Arbeiter und Angestellten werden sich von solchen „Vertretern" befreien müssen! ★

Abonnement-Coupon

Ich möchte ab............1972

...Exempl. der überregionalen Arbeiterzeitung des KB

ARBEITERKAMPF

abonnieren.

Name:.............................

Adresse:.............................

....

6 Ausgaben (incl. Porto) kosten bei
1 Ex. DM 4.80, 2 Ex. DM 8.40,
3 Ex. DM 11.40
Zahlung im voraus.
Postscheckkto. Hmb. 240595

Faustrecht der Polizei

Westdeutsche Polizei im Einsatz: Razzia und Prügel gegen politische Gegner der Kapitalistenklasse

Nach der Sitzung der Jugendvertretung des Frankfurter Betriebes Siemens - Schalterwerk am 15. Dez. besuchten die Lerhlinge Gerhard S., Horst S., Rüdiger K., Siegfried K. und Susanne H. noch eine Gaststätte. Dort wurden sie plötzlich in provozierender Weise von zivil gekleideten Herren angegriffen und geschlagen und schließlich vom Wirt der Gaststätte „Zur Honsellbrücke" rausgeschmissen. Die Lehrlinge gingen sofort zum nahegelegenen 5. Polizeirevier, um Anzeige wegen Körperverletzung zu stellen. Anfänglich nahmen die diensthabenden Polizisten keine Notiz von ihnen und wollten offensichtlich die Anzeige nicht entgegennehmen. Als die Lehrlinge auf der Erstattung der Anzeige beharrten, wurden sie plötzlich von den Polizisten brutal zusammengeschlagen, zwei von ihnen wurden sogar vorübergehend in die Arrestzelle gesteckt. Im Polizeibericht heißt es dann, die Betroffenen hätten 2,1 bzw. 1,6 Promille Alkohol im Blut gehabt. Außerdem ist gegen sie ein Verfahren wegen Widerstandes, Hausfriedensbruch und Beleidigung eingeleitet worden. Mit diesen Schutzbehauptungen (Trunkenheit) und „Offensiv - Maßnahmen" (Anzeige) wollen die Polizisten ihre faschistischen Übergriffe abdecken und die „Unschuldslämmer" spielen. Inzwischen stellte auch der Betriebsjugendsprecher Gerhard S. und der Vater von Susanne H. Anzeige gegen mehrere Polizisten des 5. Reviers in Frankfurt wegen unterlassener Hilfeleistung, Körperverletzung im Amt, Verweigerung der Elternbenachrichtigung und Freiheitsberaubung im Amt. Da erfahrungsgemäß westdeutsche Gerichte derartige und noch schlimmere Übergriffe der Polizei abdecken und davon begünstigt werden, daß die bürgerliche Presse derartige Dinge grundsätzlich verschweigt, bemühten sich demokratisch gesinnte Menschen im Frankfurter „Club Voltaire" die notwendige Öffentlichkeit in diesem Fall herzustellen. Auf einer Pressekonferenz am 21. Dez. wurde ausführlich über diese und andere offene Brutalitäten der Frankfurter Polizei berichtet. Hier wurde auch das Protokoll des Betriebsjugendsprechers Gerhard S. vorgelegt, in dem die Vorgänge vom 15. Dez. detailliert ausgeführt werden.

Nachdem Gerhard S. von dem provokatorischen Angriff in der Kneipe und dem erfolglosen Bemühen der Lehrlinge, eine Anzeige im 5. Polizeirevier zu erstatten, berichtet hat, heißt es dann weiter im Protokoll: *„Siegfried Koch bat darum, seinen Vater vom Revier aus anrufen zu dürfen, da er nach wie vor blutete. Dies wurde ihm verweigert. Er machte daraufhin entsprechende Bemerkungen, was einen Polizisten wiederum veranlaßte, ihn ins Gesicht zu schlagen.*

Susanne Halberstadt half ihm vom Boden auf und setzte ihn auf die Bank, wo er kaum alleine sitzen konnte. Zu dieser Zeit klopfte es an der Tür. Susanne machte die Beamten darauf aufmerksam, da der draußenstehende Mann es sehr eilig hatte und die Beamten es nicht bemerkt hatten. Daraufhin wurde Susanne von der Tür weggezerrt mit der barschen Bemerkung, das gehe sie gar nichts an. Susanne versuchte sich dagegen zu wehren. Dabei wurde sie verschiedentlich geschlagen. Ich versuchte, ihr zu helfen und wurde daraufhin zu Boden geschlagen. In meiner Wut schleuderte ich den Polizisten das Wort „Faschisten" entgegen. Nun kam noch ein jüngerer Polizist dazu, schlug auf mich ein und zerrte mich zur Treppe, stieß mich hinunter in einen Keller. Es wurde mir schwindelig und schwarz vor Augen. Als ich mich wieder hochraffte, schlug man wieder auf mich ein. Danach wurde ich ohne Schuhe in eine Zelle gesperrt. Ich kann zeitlich nicht bestimmen, wie lange ich in der Zelle war, mir kam es ewig vor. Bevor ich wieder in die Wachstube geführt wurde, bekam ich Handschellen angelegt. Während meine Personalien aufgenommen wurden, hörte ich meine Freundin im Keller schreien. Sie war also offensichtlich auch eingesperrt worden. Auf mein Verlangen, die Eltern meiner Freundin zu benachrichtigen, wurde ich erneut geschlagen, mit dem Bemerken, das ginge mich nichts an. Als besondere Finesse trat mir der diensthabende Beamte auf meine noch immer unbeschuhten Füße. Als ich verlangte, dies zu unterlassen, schlug er mir wieder ins Gesicht. Scheinbar diente ich den anwesenden Polizisten als willkommene Unterhaltung, sie kamen abwechselnd an mir vorbei, machten abfällige Bemerkungen (Findest Du das gut, was die Baader - Meinhof - Bande macht? Schlag ins Gesicht, u. ä.).

Da ich durch diese Behandlung sehr durcheinander war, fiel mir auf Befragung nicht sofort das genaue Geburtsjahr meines Vaters ein, was wiederum entsprechend ausgelegt wurde. Bei einem erneuten Schlag fiel ich vom Stuhl und wurde daraufhin beschuldigt, Staatseigentum zu beschädigen! Nun sollte ich mit auf dem Rücken gefesselten Händen meine Schuhe anziehen, was mir natürlich nur mit großen Anstrengungen und Verrenkungen gelang. Dies diente wiederum sehr der Belustigung der Anwesenden."

Soweit das Protokoll des Lehrlings Gerhard S. über die ihm widerfahrene sadistische und faschistische Behandlung durch Frankfurter Polizisten.

Das „Frankfurter Lehrlings Center" der Gewerkschaftsjugend solidarisierte sich mit den mißhandelten Lehrlingen und „verurteilt schärfstens das brutale Vorgehen der Polizisten". Die jungen Gewerkschafter stellen sehr richtig klar:

„Wir sehen diese Handlungsweise nicht als vereinzelte Ausschreitung, sondern als ein Symptom einer gefährlichen Entwicklung in der bundesrepublikanischen Polizei.

Bedrohung unbeteiligter Passanten durch schwer bewaffnete Polizisten, Mißbrauch der Schußwaffen, brutales Vorgehen gegenüber Demonstranten, Zusammenschlagen von Streikposten, Mißhandlungen auf Polizeirevieren zeigen, daß die Polizei ein Instrument zur Unterdrückung jeglicher systemangreifender Aktivitäten ist."

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Krise, die jetzt auf uns zukommt und die von internationalem Ausmaß ist, nicht nur Lohnstopp und wirtschaftliche Verschlechterung für die arbeitende Bevölkerung mit sich bringt. Gleichzeitig wird die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat versuchen, die demokratischen Rechte des ganzen Volkes, vor allem aber die der Arbeiterklasse, zu beschneiden und systematisch abzubauen. Damit versuchen die Kapitalisten die Ausgangsposition der Arbeiter in ihrem Abwehrkampf einzuengen und gleichzeitig die kampfbereiten Teile der Arbeiterklasse einzuschüchtern. Dazu diente auch die Mißhandlung der Siemens - Jugendsprecher auf dem 5. Polizeirevier in Frankfurt. Für die westdeutsche Arbeiterklasse und besonders ihre kampfbereiten Teile gilt es gerade jetzt, sich enger zusammenzuschließen, um mit vereinten Kräften die ständigen Angriffe der Kapitalisten abwehren zu können. ■

Staatsschutz für Faschisten

Die intalienische faschistische Partei MSI versucht, unter den italienischen Arbeitern in der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Am 26. November wollte Faschisten - Führer Almirante ein MSI - Büro im Frankfurter Arbeiterviertel Rödelheim eröffnen und eine Kundgebung abhalten.

Polizei und Stadtverwaltung wollten verhindern, daß eine Protestdemonstration, zu der italienische Kollegen mit Unterstützung mehrerer solzialistischer Gruppen aufgerufen hatten, der Provokation der italienischen Faschisten entschlossen entgegentritt. Wenige Stunden vor der angekündigten Demonstration verkündete sie darum ein „Verbot" der Faschisten - Veranstaltungen und verteilte unter den Demonstranten ein Polizei - Flugblatt, in dem es u. a. hieß:

„Soweit es den demokratischen Behörden dieser Stadt rechtlich möglich ist, werden sie nicht dulden, daß sich ausländische extremistische Organisationen, deren Untergliederungen oder ihr nahestehende Vereinigungen aktiv betätigen, da dies wesentlichen Belangen dieses Staates widerspricht.

Die Polizei ruft die Demonstranten dazu auf, daran mitzuwirken, daß es nicht zu Ausschreitungen kommt."

Das „demokratische Verbot" der Eröffnung des MSI - Büros stand aber in krassem Gegensatz zum praktischen Handeln der Polizei. Nicht gegen die Faschisten wurde vorgegangen, sondern gegen die Antifaschisten!

Demonstranten, die laut ihre Empörung über die MSI - Provokation und die wachsende faschistische Gefahr in der Bundesrepublik ausdrückten, wurden die Personalien abverlangt. Ein Polizeisprecher erklärte, daß die Demonstranten weitere (!) „Ungesetzlichkeiten" unterlassen sollten, da sonst die Straße geräumt werde. Nachdem die Demonstranten bereits ständig von einer Straßenseite auf die andere gedrängt worden waren, provozierte die Polizei schließlich die „Ungesetzlichkeit", die sie brauchte, um die antifaschistische Demonstration auseinanderzutreiben:

Sie sperrte dem Demonstrationszug die Straße, in der sich das MSI - Büro befindet. Als einige Demonstranten sich dadurch nicht einschüchtern ließen und dennoch weitermarschieren wollten, hieß es: „Knüppel frei!" Einige Demonstranten wurden von der Polizei krankenhausreif geschlagen!

Anschließend wurde Almirante höflich die Verfügung des Ordnungsamtes überreicht, die ihm jede politische Betätigung in der Bundesrepublik „untersagt". Und ebenso höflich erklärte Almirante daraufhin, er wolle sich auch nur „über die Situation der italienischen Gastarbeiter erkundigen".

„Soweit es den demokratischen Behörden dieser Stadt rechtlich möglich ist, werden sie nicht dulden ... "



Polizeieinsatz gegen Frankfurter Antifaschisten

Einige Wochen vor dieser MSI - Provokation hatte die Polizei in Bayern die Gründung eines Traditionsverbandes der ehemaligen SS - Division „Das Reich" vor antifaschistischen Demonstranten geschützt. Es handelt sich um die SS - Division, deren Angehörige während des Zweiten Weltkriegs alle Einwohner der französischen Ortschaft Oradour grausam niedermetzelte, Frauen und Kinder ebenso wie Männer.

Seit langem sind in der Bundesrepublik die Geheimdienste faschistischer Staaten wie Griechenland und Persien tätig. Unsere ausländischen Kollegen, die sich kritisch gegenüber den Regimes in ihren Heimatländern äußern, werden bespitzelt, verfolgt, unter Druck gesetzt, verschleppt und teilweise sogar zu ermorden versucht – ohne daß die „demokratischen Behörden" in der Bundesrepublik einschreiten.

Die „wesentlichen Belange dieses Staates" sind eben *nicht* die wesentlichen Belange *der Arbeiter* in diesem Staat! ■

Eutin

Jugendsprecher gefeuert!

Zum 31. Dez. 71 wurde der Jugendsprecher des Elektromotorenwerkes „HEINZ WEIER" gefeuert. Als Grund dafür wurde im entsprechenden Kündigungsschreiben ein „zur Zeit geringer Auftragseingang" angegeben. Tatsächlich aber wurde Kollege Peter B. wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit im Betrieb und dem Verdacht, er könnte mit dem KB in Zusammenhang stehen, rausgeschmissen. Die Branchenzeitung des KB / Gruppe Eutin, der „METALLKAMPF" deckte die Hintergründe dieser Kündigung auf.



Heinz Weier, typischer Kleinkapitalist und Zuträger für die großen Monopole, kann als Kapitalist nur bestehen, wenn es ihm gelingt, „seine" Arbeiter noch schärfer auszupowern, sie noch brutaler ranzunehmen, als dies in den Großbetrieben möglich ist. Mehr als die großen Industriebarone, sind Kapitalisten wie Weier darauf angewiesen, „ihre" Belegschaft einzuschüchtern, zu disziplinieren. Wie der Teufel das Weihwasser, fürchtet Weier schon eine gewerkschaftliche Organisierung „seiner" Arbeiter und Angestellten. Wird doch seine Kapitalisten - Existenz bedroht, wenn er verpflichtet wäre, „seine" Arbeiter nach Tarif zu bezahlen. So ist Weier natürlich auch nicht im Kapitalisten - Verband „Gesamt - Metall" organisiert, um so der damit verbundenen Verpflichtung tariflicher Entlohnung zu entgehen.

Kollege Peter B. war noch kein Viertel Jahr gewählter Jugendsprecher, als Weier sich bereits über die „ständige Unruhe im Betrieb" beklagte und wetterte: „Im Betrieb muß ein Kommunist sein!" In der Tat war Kollege Peter B. bemüht, seine Kollegen für die Gewerkschaft zu interessieren. In der Tat ließ er sich auch nicht von Weier einschüchtern. Statt dessen legte er der Geschäftsleitung die ersten Forderungen der Lehrlinge nach Aufhebung berufsfremder Arbeiten und Aushändigen von Ausbildungsplänen auf den Tisch. Die daraufhin einsetzende demagogische Hetze gegen die Lehrlinge, beeindruckte Kollegen Peter B. wenig. So pöbelte Weier, daß die Lehrlinge sowieso viel zu viel Freizeit hätten und in „anrüchigen Kneipen" herumsitzen würden, was er selbst beobachten ließ!



Metallkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES - EUTIN
FÜR DIE METALLTARIFRUNDE 1971

Nr. 6 Dez. 71

SCHLICHTUNG - KLASSENKAMPF VON OBEN
ABER DER KAMPF DER ARBEITERKLASSE
IST NIEMALS SCHLICHTBAR!

Seite 6: WEIERS UNERHÖRTE ANGRIFFE AUF DIE BELEGSCHAFT

Als alles nichts half, nahm Weier den Kollegen Peter B. direkt aufs Korn: Zuerst rief er bei der Gewerkschaft an und erkundigte sich scheinheilig nach Bestimmungen über Kündigungsschutz von Jugendsprechern, dann beauftragte er seine Taschenträger, dem Kollegen Peter B. nach Feierabend nachzuspionieren. Er wollte „doch zu gern einmal wissen", ob Kollege Peter B. „nicht noch wo anders organisiert" ist. Schließlich wurde Peter B. gefeuert, und zwar mit einer fadenscheinigen und erlogenen Begründung.

Langfristig kann Weier mit dieser Methode gegen „seine" Arbeiter nicht gewinnen. Zu offensichtlich sind seine Unterdrückungsmaßnahmen, selbstherrlichen Bespitzelungsversuche usw., als daß die Kollegen dies einfach so hinnehmen werden. Schon ist die Gewerkschaft in Eutin aktiver geworden, als dies bisher der Fall war. Schon haben Kollegen aus verschiedenen Betrieben dieser Region begonnen, die Zeitungen der Kommunisten regelmäßig zu lesen, sind schon einige mit dem KB in Verbindung getreten, um gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu planen und durchzuführen.

Da die Kapitalisten immer wieder versuchen werden, gerade unsere aktivsten Kollegen einzuschüchtern und rauszuschmeißen, muß eine wichtige Kampfforderung der Arbeiter und Angestellten sein:

Kündigungsschutz für alle gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Jugendsprecher! ■

Eutin

Spitzel!

Schon seit langem versuchen die verschiedenen polizeilichen Organe der Kapitalistenklasse, die Eutiner Gruppe des KB auszuleuchten. Zu gern wüßten diese Spitzel, wer alles im KB organisiert ist, wer mit der Organisation sympathisiert, wer die leitenden Genossen sind, usw. Da mietet sich ein Polizei - Offizier mit einer ganzen Batterie von Mikrophonen gerade in dem Haus ein, in dem der KB ein Zentrum für Diskussionen eingerichtet hat. Da versuchen betont „unauffällige" Herren mutmaßliche KB - Genossen beim Plaudern in der Kneipe auszuhorchen usw. Doch dies war der vorläufige Höhepunkt:

Am 10. Dez. 71 rief das Kieler Landesverfassungsschutzamt im Büro des Vaters eines vermuteten Eutiner Kommunisten an und bat ihn wegen einer „geschäftlichen Angelegenheit" ins CDU - Hotel „Wittler". Dort bemühte sich der V - Mann, der erstaunten Vater zum Hilfs - Sheriff für seine Spitzeldienste zu engagieren. Er sollte seinen Sohn aushorchen, die Namen derjenigen nennen, mit denen sein Sohn verkehrt usw. Der Vater distanzierte sich entrüstet von den GESTAPO - Manieren des Kieler Landesverfassungsschutzamtes und drohte dem V - Mann ein gerichtliches Nachspiel an, wenn dieser seine dunklen Umtriebe nicht einstellen würde. Die charakterliche Aufrichtigkeit des betroffenen Vaters brachte erneut einen der zahllosen Fälle staatlicher und polizeilicher Bespitzelung ans Tageslicht.

Die verstärkte Spitzel - und Durchleuchtungstätigkeit von Verfassungsschutz, Kripo, der Politischen Polizei und des MAD (Militärischer Abschirmdienst), des Bundes - Nachrichtendienstes und der verschiedenen Werkschutz - Organisationen im Verbund mit der aktiven Denunziantentätigkeit von SPD - Betriebsgruppen, reaktionären Betriebsräten und verschiedenen Gewerkschaftssekretären und in letzter Zeit in stärker werdendem Maß auch von DKP - Leuten gegen Kommunisten und auch andere fortschrittliche Kräfte, sind deutliche Anzeichen dafür, daß sich die Kapitalistenklasse auf Verbot und Zerschlagung der kommunistischen Organisationen vorbereitet.

Das KPD - Verbot besteht, auch wenn die Kapitalisten davon in letzter Zeit wenig Gebrauch gemacht haben. Bevor die Kapitalistenklasse die Kommunisten verbieten wird, ist sie bemüht, alles von ihren Organisationen bis ins Detail hinein kennenzulernen. So schaffen die Kapitalisten sich die Voraussetzungen, ein illegales Weiterbestehen der kommunistischen Organisationen zu verhindern. Beim Wiederaufbau der KPD, der zentralen Aufgabe aller westdeutschen Kommunisten, muß daher der Gesichtspunkt der konspirativen Absicherung aller Arbeiten schon jetzt verschärft berücksichtigt werden. ■

Kontaktadressen des KB

Bremerhaven: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, "Bürger 198", tgl. 9.30 - 18.30h, Tel. 412454 Eutin Hartmut Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf Flensburg M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459, Frankfurt D. Müller 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. Ffm/558072, Di. 17.30-19h, u. Fr. 17-20h, Hamburg Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 453801, tgl. 9-18.30h, Oldenburg U. Bartling, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 10888, Mo. u. Mi. 17-18h

Flensburg

Völlig verschimmelt



Auf einer Betriebsversammlung der FSG (Flensburger Schiffsbaugesellschaft) kurz vor Jahresende gab Betriebsrat von Essen diese bezeichnende Erklärung ab:

„Alle Kollegen wissen, daß ich ein Linker bin. Ich sitze schon jahrelang im Betriebsrat und habe mich oft mit der Geschäftsleitung angelegt. Aber sie hatte immer ein offenes Ohr für soziale Angelegenheiten, und wir sind gut miteinander ausgekommen. Das ist der beste Vorstand, den man sich überhaupt denken kann."

FSG - Direktor Hilgenberg bedankte sich bei v. Essen und lobte ihn vor den Arbeitern als „sehr guten Mann, mit dem wir immer bestens zurechtgekommen sind." — Eine Hand wäscht die andere! Wir Kommunisten meinen dagegen: Die Interessen der Arbeiter und die der Kapitalisten lassen sich nicht miteinander vereinbaren, sondern stehen in direktem und unversöhnlichem Gegensatz zueinander. Da bleibt kein Spielraum für „gutes miteinander Auskommen" oder gar „beste Zusammenarbeit". Es kennzeichnet ja gerade die Demagogie der Kapitalistenklasse, immer dann von „guter Zusammenarbeit" zu sprechen, wenn es gilt, die Arbeiterklasse den Interessen der Kapitalisten unterzuordnen und ihr verfügbar zu machen.

Wie aber ist es nun mit diesem „besten Vorstand", den v. Essen „sich überhaupt denken kann" und dessen „immer offenem Ohr für soziale Angelegenheiten" tatsächlich bestellt?

- Steigende Unfallzahlen auf der Werft; 1970 ging eine völlig veraltete Acetylen - Anlage in die Luft. Ein Arbeiter fand den Tod, ein anderer wurde schwer verletzt.
- Nach der Metallrunde 1970 versuchten die FSG - Bosse gerade erkämpfte Lohnerhöhungen durch Streichung übertariflicher Zulagen bei den Zeitlöhnern wieder rückgängig zu machen. Dies konnte nur durch Streik und Demonstration der entschlossen auftretenden Kollegen verhindert werden.
- Mehrfach versuchte gerade Direktor Hilgenberg auf Betriebsversammlungen die Kollegen von Lohnforderungen abzuhalten und trat — wie kann es für einen Kapitalisten anders sein — für die Lohnleitlinien ein.

Bei diesen Dingen stand v. Essen der Geschäftsleitung behilflich zur Seite und demonstrierte „gute Zusammenarbeit". Auf einer anderen Betriebsversammlung, während der diesjährigen Tarifrunde, versuchte v. Essen die Kollegen vom Kampf abzuhalten und warnte sie vor Streiks, „weil wir sonst die SPD - Regierung, unsere Arbeiterregierung (!) gefährden."

Dies waren während der ganzen Lohnrunde die besten „Argumente" der rechten Gewerkschaftsführer, um die Metallarbeiter von einem konsequenten Lohnkampf abzuhalten.

Übrigens ist Betriebsrat v. Essen politisch organisiert. Der Leser sollte jetzt einmal raten wo? ? ?

(in der DKP)

In der DKP - Betriebszeitung schreibt dieser Mann kurioserweise: „Diese Zeitung wird von Arbeitern für Arbeiter geschrieben. Sie wird von Arbeitern geschrieben, die nach Kräften versuchen, sich konsequent um die Interessen der Kollegen zu bemühen. (...) Deshalb wird es für uns das verlogene Geschwätz von der 'Sozialpartnerschaft' und von dem 'Wir sitzen alle in einem Boot' nicht geben. Zwischen KAPITAL und ARBEIT kann es keine Gemeinsamkeiten geben."

Es scheint, daß v. Essen die Dinge, die er abends — wahrscheinlich in Bierlaune — schreibt, nächsten Tag auf der Werft selbst nicht mehr so ernst nimmt. ■

Bremerhaven

Blumen statt Informationen

NORDMENDE

„Wir haben doch eine so schöne Kantine mit so schönen Blumen. Da sehen Gewerkschaftszeitungen doch wirklich nicht schön aus." Dies war die zynische Bemerkung des NORDMENDE - Direktors Schöps auf der letzten Betriebsversammlung. Vorausgegangen ist ihr der Antrag des Betriebsrates, das Verbot aufzuheben, wonach keine Gewerkzeitungen in der Kantine ausgelegt werden dürfen.

Mit dieser Maßnahme versuchte die Geschäftsleitung, die Informationstätigkeit der IGM weiterhin einzuschränken. Und das mitten in der letzten Metallrunde. Zynisch schlug Direktor Schöps dann noch vor, die Zeitungen im Betriebsratsbüro auszulegen. Natürlich weiß er dabei ganz genau, daß die große Mehrheit der Kollegen bei der scharfen Akkordhetze und den sehr knapp bemessenen Pausen nicht noch Zeit haben, alle paar Tage im Betriebsratsbüro vorbeizugehen, um zu sehen, ob inzwischen die neue „METALL" schon wieder da ist. Gerade die NORDMENDE - Kollegen brauchen ihre Pause dringend für ein wenig Erholung, worauf Schöps natürlich spekuliert hat.

Betriebsrat und Vertrauensleute sollten zusammen mit den gewerkschaftlich aktiven Kollegen ein innerbetriebliches Verteilungssystem aufbauen. So kann der Geschäftsleitung auch gezeigt werden, daß die Kollegen, wenn sie solidarisch zusammenhalten, stärker sind, als die Geschäftsleitung.

Entlassungen bei Colgate

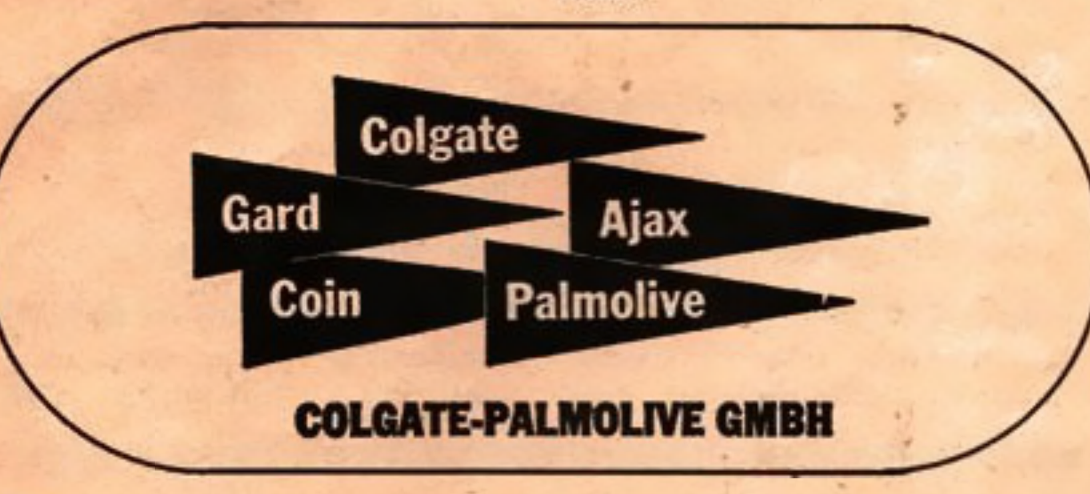
Gegen die Kampfbereitschaft „ihrer" Belegschaft, holten die Colgate - Bosse zu einem großen Schlag aus: 52 ihnen unangenehme Kollegen sollten schubweise entlassen werden. 15 Entlassungen wurden sofort ausgesprochen. In 2 Fällen mußte die Kündigung wegen Protestes wieder zurückgezogen werden. Der Vertrauenskörper und die Betriebszelle des KB nahmen sofort aktiv den Kampf gegen diese Entlassungen auf. Die Kollegen standen geschlossen hinter ihren Vertretern, so daß die Geschäftsleitung vorerst zurückweichen mußte, und ihre weiteren Entlassungspläne zurückstellte.

Am 18. Dez. erschienen in den beiden Hamburger Boulevard - Blättern „Bild" und „Hamburger Morgenpost" je ein Artikel über die geplanten Entlassungen von 52 Kollegen beim Hamburger Chemie - und Kosmetik - Betrieb COLGATE - PALMOLIVE. „Bild" stellte die Meinung der Kapitalisten, die „Morgenpost" die Meinung der Gewerkschaftsführung in den Vordergrund. Keine der beiden Zeitungen vertrat die Meinung der Colgate - Kollegen.

Was war wirklich geschehen? Schon seit längerem plante die Geschäftsleitung, insgesamt 52 Kollegen schubweise zu entlassen. 15 Kollgegen sollten den Beginn machen. Mit dieser Maßnahme wollte die Geschäftsleitung zweierlei erreichen:

Einmal sollte die sog. „Arbeitsdisziplin" im Betrieb wiederhergestellt werden, d. h., die Colgate - Kollegen sollten eingeschüchtert werden, Angst um den Arbeitsplatz bekommen usw. Damit wollte die Geschäftsleitung die kämpferische Haltung der Kollegen brechen, die seit den letzten Streiks besteht und so das ihr genehme „Klima" für die kommenden Betriebsrätewahlen im Frühjahr schaffen. Auf diese Weise wollte die Geschäftsleitung helfen, den alten Betriebsrat mit Teschendorf und Danilowitz wieder in den Sattel zu heben.

Zum anderen wollte die Geschäftsleitung „saubere Verhältnisse" im Betrieb schaffen und diejenigen raushaben, die zu oft fehlen und deshalb für die Firma nicht tragbar sind", wie Stiller von der Geschäftsleitung während der letzten Betriebsversammlung auf Anfrage eines Vertrauensmannes ausführte. Das heißt also, daß diejenigen, die sich in den letzten Jahren für Colgate kaputt gemacht haben, sich Vergiftungsschäden und andere Krakheiten bei der Arbeit zugezogen haben, jetzt gegen „frische Arbeitskräfte" ausgetauscht werden sollen. Auf diese Weise hoffen die Colgate - Bosse, das Arbeitstempo erneut wesentlich steigern zu können. Sie wissen, daß die „Arbeitsmarktlage" für sie derzeit sehr günstig ist, weil infolge der kapitalistischen Krise viele Betriebe Entlassungen und Kurzarbeit vorgenommen haben.



Betriebsratsvorsitzender Teschendorf hatte „keine Einwände" gegen die Entlassungspläne der Colgate - Bosse, was seiner Zustimmung gleichkam. Entsprechend konnte Colgate - Boß Schadow den „Bild" - Schreiberlingen später melden: „Der Betriebsrat hat den Entlassungen zugestimmt!" Teschendorf hatte es allerdings wieder einmal versäumt (offensichtlich ganz bewußt!), die anderen Betriebsräte vorher zu befragen. Er stellte sie vielmehr einen Tag später vor vollendete Tatsachen. Das aber war 3 anderen Betriebsräten, Kollege Neumann an der Spitze, denn doch zu viel. Sie kündigten ihren Rücktritt aus dem Betriebsrat an und informierten die Vertrauensleute über die geplanten und schon teilweise vorgenommenen Entlassungen und über Teschendorfs eigenmächtige „Genehmigung".

Ein Rücktritt der 3 Betriebsräte hätte den gesamten Betriebsrat platzen lassen. Denn schon Ende Oktober letzten Jahres traten 2 Betriebsräte (Brose und Waßmann) zurück, weil Betriebsratsvorsitzender Teschendorf wieder mal eigenmächtig und ohne Benachrichtigung der anderen Betriebsräte der Neu - Einführung einer 3. Schicht (Nachtschicht) zustimmte. Das Platzen des Betriesrates wegen der eigenmächtigen Aktion Teschendorfs hätte sofort Neu - Wahlen nach sich gezogen, wobei klar wäre, daß die Colgate - Kollegen kaum die alten Arbeiterverräter Teschendorf, Danilowitz & Co. wiedergewählt hätten. Der Zusammenbruch dieses Betriebsrates hätte der kapitalisten - hörigen SPD - Politik im Betrieb den Todesstoß versetzt. In dieser Situation trat IG - Chemie - Sekretär Holst auf den Plan und wetterte in gut gespielter Entrüstung gegen die geplanten Entlassungen. Allerdings nicht, um den betroffenen Kollegen zu helfen: Holst wußte schon seit längerem von diesen Entlassungen, ohne auch nur den kleinen Finger zu rühren. Dennoch heuchelte er Erstaunen, als Kollege Heinz Neumann ihn darüber informierte. Holst ging es nicht darum, die Entlassungen zu verhindern, sondern er wollte vielmehr vermeiden, daß der Betriebsrat platzt. Er hatte nämlich Angst, daß in einen neuen Betriebsrat solche Kollegen hineinkommen, die ihren Hauptgegner in der Geschäftsleitung und nicht wie er in „Roten Zellen" sehen.

Auf einer außerordentlichen Sitzung des Vertrauensleute - Körpers erschien Holst zusammen mit einem DGB - Juristen. Dieser wies darauf hin, daß Kampfmaßnahmen der Belegschaft nicht in Frage kommen und kündigte statt dessen juristische Maßnahmen gegen die Entlassungen an. Weitere „Maßnahmen" nannte Holst:

a) Artikel in der „Morgenpost",

b) Flugblatt der Gewerkschaft,

wenn genügend Informationen vorliegen. Dieses Flugblatt ist erwartungsgemäß bis heute noch nicht erschienen. Statt dessen wurde ein Flugblatt gegen die Zeitung der Betriegszelle Colgate „ROTES BANNER" verteilt.

In demagogischer Weise meinte Holst schulterklopfend zu Kollege Heinz Neumann: „So ein altes Kämpferherz tritt doch nicht einfach zurück!" Mit vereinten Kräften gelang es schließlich der SPD - Betriebsgruppe und den IG - Chemie - Sekretären, die Rücktrittsandrohung der 3 Betriebsräte aufzuheben und den Betriebsrat noch einmal wieder zusammenzuflicken.

Auf der Betriebsversammlung vom 13. Dezember nahmen einige Vertrauensleute die Geschäftsleitung wegen der geplanten Entlassungen in die Zange. Der Sprecher der Geschäftsleitung bestritt plötzlich, daß noch weitere Entlassungen geplant seien. Dies war



natürlich eine Lüge. Aber offensichtlich ist der Geschäftsleitung diederzeitige Situation im Betrieb zu ungemütlich, so daß sie ihre Entlassungspläne erst einmal etwas zurückgestellt hat. Dies ist allein dem entschiedenen und kämpferischen Auftreten einiger Vertrauensleute und ihrer geschlossenen Unterstützung durch die Colgate - Kollegen zu verdanken. Dennoch ist äußerste Vorsicht geboten, da die Colgate - Bosse jetzt auf eine für sie günstige Situation lauern werden, um ihre Pläne doch noch durchzusetzen.

Einen ersten Erfolg konnte die Geschäftsleitung inzwischen schon wieder verbuchen: Nachdem am 21. Dezember die erste Ausgabe der Betriebszeitung „ROTES BANNER" erschien, konnte die Geschäftsleitung am 22. Dez. zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Betriebsrat einladen und die gerade neu zusammengeflickte Einheit des Betriebsrates „im gemeinsamen Kampf gegen links" ausbauen: Nach der gemeinsamen Sitzung diktierte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat ein Flugblatt gegen die Zeitung „ROTES BANNER", welches mit freundlichem Gruß von allen Betriebsratsmitgliedern" unterzeichnet und verteilt wurde.

Der Inhalt dieses Flugblattes war allerdings derart lächerlich, daß es seine geplante Wirkung auf die Colgate - Kollegen gänzlich verfehlte. Aber immerhin gelang es der Geschäftsleitung, den Kollegen zu demonstrieren, daß auch relativ fortschrittliche Betriebsräte, wie Heinz Neumann, wieder „in einem Boot" mit Teschendorf und der Geschäftsleitung sitzen.

Für die auf uns zukommenden Betriebsrätewahlen sind die Fronten bei Colgate ziemlich klar:

Die Mehrheit der Kollegen hat Interesse daran, daß aktive Kollegen, die derzeit im Vertrauenskörper arbeiten, in den Betriebsrat kommen und solche Leute wie Teschendorf und Danilowitz endlich ihre Sachen packen.

Auf der anderen Seite ist es für die Geschäftsleitung und auch für die Gewerkschafts - Sekretäre Holst und Herrling bequemer, wenn der alte Betriebsrat bleibt, bzw. wiedergewählt wird. So darf man erwarten, daß Geschäftsleitung, Gewerkschafts - Sekretäre und alter Betriebsrat in dieser Frage Hand in Hand arbeiten werden.

Für die Colgate - Kollegen kommt es jetzt darauf an, ihre fortschrittlichen und einsatzwilligen Vertrauensleute weiter zu stärken und mit ihnen zusammen die Maßnahmen der Geschäftsleitung und „Aktivitäten" (Anbiederungsversuche!) des alten Betriebsrates sorgfältig durchzusprechen und gemeinsames Vorgehen zu planen. ■

Bericht der Betriebszelle Reichhold

Bei Gegenwind kreuzen!

Am 30. Nov. 71 legte der Vertrauenskörper der RACAG (Reichhold - Albert Chemie - AG) – nach intensiver Diskussion mit den Arbeitern und Angestellten im Betrieb – die Vorschlagsliste der IG - Chemie für die anstehenden Betriebsräte - Wahlen auf den Tisch: 17 Vertrauensleute, 8 Angestellte und 9 Arbeiter, wollten sich zur nächsten Wahl stellen. Gewerkschafts - Sekretär Holst reagierte leicht verschnupft, weil er so vor vollendete Tatsachen gestellt wurde und ihm keine Zeit mehr blieb, eine Vorschlagsliste nach seinem Geschmack zurechtzuschustern.

Gänzlich unerwartet war die Reaktion des derzeit noch amtierenden Betriebsrates. Diese Leute, voran Teschner und Weiland, wollten „plötzlich" mit auf die Vorschlagsliste der IG - Chemie. Bisher hatten sie dies immer „strikt abgelehnt". Statt dessen zogen sie vor, auf einer sog. „unabhängigen Gegenliste" zu kandidieren. Damit kamen sie einem Auftrag der Geschäftsleitung nach: Diese wollte unter allen Umständen vermeiden, daß jemand vom Vertrauenskörper in den neuen BR mit einzieht. Dies glaubte sie am besten über eine Gegenliste sicherzustellen. Und die Herren Betriebsfürsten Teschner & Co. mischten eifrig mit! So sollte die bisherige „gute Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung" zu Lasten der Arbeiter und Angestellten des Chemie - Betriebes RACAG (Höchst - Konzern) sichergestellt bleiben.

Doch die Situation im Betrieb, der immer höher werdende gewerkschaftliche Organisierungsgrad bei den Arbeitern und Angestellten, die sich ständig festigende Zusammenarbeit zwischen den Vertrauensleuten und ihren Kollegen durchkreuzte die Pläne der Geschäftsleitung. Als dieser klar wurde, daß eine Gegenliste bei den Kollegen mit Pauken und Trompeten durchrasseln würde, als sie den scharfen Gegenwind, der ihr aus den Hallen, Werkstätten und Labors entgegenwehte, verspürte, änderte sie ihren Kurs. „Bei Gegenwind muß man kreuzen", saggte sie sich und wies Teschner, Weiland & Co. an, sich doch noch schnell auf die IG - Chemie - Liste setzen zu lassen. So hofft die Geschäftsleitung, wenigstens noch einige Exemplare ihrer alten Betriebsrats - Garnitur mit in den neuen BR herüberzuretten.

Verzweifelt bemüht sich jetzt die Geschäftsleitung, den abgegriffenen Glanz des alten Arbeiterverräters Teschner noch einmal aufzupolieren. In ihren Hausnachrichten („kurz berichtet") bemüht sie sich, diesen Mann als aktiven Vertreter der Arbeiter - Interessen hinzustellen, der in „zähen Verhandlungen" eine Erhöhung der Schichtzulagen erreicht hat usw.. Die Bemühungen der Geschäftsleitung, das Ansehen dieses Mannes zu stärken, sind derart durchsichtig, daß kein Mensch bei RACAG darauf reinfallen dürfte.

Die Vertrauensleute haben schon immer auf einer einheitlichen Vorschlagliste der IG - Chemie bestanden. Sie werden auch jetzt nichts dagegen einzuwenden haben, daß einige der alten Betriebsräte mit auf diese einheitliche Liste kommen. Entscheiden werden im Endeffekt allein die Arbeiter und Angestellten der RACAG, durch wen sie die nächsten 3 Jahre im Betriebsrat vertreten sein wollen. Für Teschner & Co. stehen jedenfalls die Chancen äußerst schlecht. Und das ist für die Kollegen bei der RACAG nur gut. Denn in den nächsten Monaten wird es im Betrieb heiß hergehen. Für die Angestellten und Arbeiter wird es dann wichtig sein, ob sie ernsthafte Vertreter im BR sitzen haben, oder aber Taschenträger der Geschäftsleitung. Schon jetzt haben die RACAG - Bosse „für den Januar 1972 vorsorglich Kurzarbeit" beim Arbeitsamt angemeldet. Eines steht jedenfalls fest: Ein Betriebsrat vom Schrot und Korn eines Teschners oder Weilands wird jeder Kurzarbeit, jeder Kündigung, jeder Akkord - Verschärfung widerstandslos zustimmen. Wenn die Arbeiter und Angestellten bei der RACAG verhindern wollen, daß die Geschäftsleitung in der jetzt auf uns zukommenden Krise mit ihnen macht was sie will, dann haben sie nur eine Wahl: nämlich die entschiedensten Kollegen aus dem Vertrauensleutekörper. ■

Bericht der Betriebszelle Blohm & Voss

Gewerkschaftliche Aktivitäten unerwünscht

Am 26. Nov. wurde unsere Vertrauensfrau, Kollegin Ilona D. „mit sofortiger Wirkung beurlaubt". Sie hatte gegen die ungerechtfertigte Kündigung ihrer Kollegin Erika P. protestiert. Die Geschäftsleitung hatte so großes Interesse am sofortigen Verschwinden unserer Vertrauensfrau, daß sie bereit war, ihr Gehalt „freiwillig" bis zum nächsten Kündigungstermin weiterzuzahlen. Trotz sofortiger Beurlaubung besuchte Kollegin Ilona D. noch die nächsten beiden Vertrauensleute-Sitzungen.

Immer wieder passiert es auf der Hamburger Schiffswerft Blohm & Voss (B&V), daß Arbeiter „plötzlich" und aus „unerfindlichen Gründen" gekündigt werden. Häufig sind diese Kündigungen verbunden mit „sofortiger Beurlaubung" und „sofortigem Zutrittsverbot zum Betrieb". Die Praktiken der Geschäftsleitung sind den Werftarbeitern seit langem bekannt. Sie kennen auch den Grund dafür: „Politischer Fall", sagen sie.

Im Lehrlingsbereich herrschen ähnliche Zustände. Hier gehört es bereits zur Tradition des Betriebes, daß den Jugendsprechern nach Abschluß ihrer Lehre eine Einstellung in den Betrieb verweigert wird. Daran ändert ein Abschluß mit besten Zeugnissen ebensowenig, wie der Umstand, daß die Geschäftsleitung gleichzeitig über teure Zeitungsannoncen entsprechende Facharbeiter sucht.

Als Angestellter muß man sich schon vor Einstellung in den Betrieb von Personalchef Witte politisch durchleuchten lassen. Dieser Kapitalisten-Knecht will wissen, ob der neue Kollege Mitglied im KB, in der DKP und in der Gewerkschaft ist oder zu diesen Organisationen Kontakt hat. Außerdem stellt er noch eine Reihe weiterer „merkwürdiger" Fragen, etwa solche, ob man Bekannte oder Verwandte in „linken Organisationen" hat oder schon einmal auf einer Demonstration war usw. Erst wenn Witte sich sicher ist, daß der neue Kollege nicht politisch oder gewerkschaftlich aktiv oder interessiert ist, kann der Kollege mit einer Einstellung bei B&V rechnen. „Merkwürdig" in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß der Betriebsratsvorsitzende Knödler solchen Befragungen schon häufiger beigewohnt hat ... allerdings ohne zu protestieren, obgleich durch diese Verhöre ganz offensichtlich Grundgesetze und auch Betriebsverfassungsgesetz verletzt werden.

Der Metallarbeiter
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES FÜR DIE KOLLEGEN DER HAMBURGER METALLINDUSTRIE
Jahrgang 1 Nr.14 — 14. Dezember 71
TARIFABSCHLUß IN NORDBADEN »AUSGEHANDELT«
KAMPFBEREITSCHAFT DER METALLER UNTERGEBUTTERT

Im Betrieb selbst geht das Schnüffeln nach politisch und gewerkschaftlich aktiven Kollegen weiter: Durchsuchen von Taschen und Aufbrechen von Schränken gehören bei B&V ebenso zu den üblichen Praktiken, wie das Nachspionieren nach Feierabend und sogar Beobachten von Demonstrationen linker Gruppen auf der „Suche" nach B&V'lern.

Durch das sofortige „Entfernen" derart gekündigter Kollegen, will die Geschäftsleitung verhindern, daß die Werftarbeiter mit ihren entlassenen Kollegen diskutieren und die Methoden der Geschäftsleitung so bekannt werden. Im Fall unserer Vertrauensfrau Ilona D. hat dies allerdings nicht so geklappt, wie es einige Herren sich wohl wünschten: Kollegin Ilona D. besuchte nämlich auch nach ihrer „Entfernung" aus dem Betrieb die Vertrauensleute-Sitzungen vom 1. und 22. Dez. Hier packte sie aus. Sie beleuchtete in exemplarischer Weise das Zusammenspiel von Betriebsratsvorsitzendem Knödler mit der Geschäftsleitung beim Abwürgen gewerkschaftlicher Aktivitäten! Folgenden Bericht gab Kollegin Ilona D.:

Knödler brauchte als Nachfolgerin von Frau Vogel eine neue Sekretärin. Ursprünglich war sie selbst von Knödler dafür vorgesehen worden. Später zeigte sich jedoch, daß Kollegin Ilona D. nicht bereit war, in ihrer Vertrauensleute-Arbeit den arbeiterfeindlichen Kurs von Knödler & Co. im Betrieb mitzusteuern. So sah Knödler sich veranlaßt, eine neue Kollegin, nämlich Erika P. einzustellen. Diese Kollegin soll später in Verdacht bei Knödler geraten sein, mit dem „METALLARBEITER" (Branchenzeitung des KB / Gruppe Hamburg) zu sympathisieren. Darin sah Knödler ein Risiko. Er meinte wohl, daß eine fortschrittlich eingestellte Sekretärin seine arbeiterfeindlichen Machenschaften zu gegebener Zeit aufdecken könnte. Dieses Risiko wollte Knödler offensichtlich so kurz vor den nächsten Betriebsrätewahlen nicht eingehen. Also gab er Kollegin Erika P. zum Abschuß frei und denunzierte sie bei der Geschäftsleitung. Als Kollegin Erika P. sich an ihre Vertrauensfrau wandte und diese – entsprechend ihrer gewerkschaftlichen Pflicht – gegen die ungerechtfertigte Kündigung Protest einlegte, mußte sie selbst sofort den Betrieb verlassen. Unter dem stürmischen Beifall der 120 anwesenden Vertrauensleute, rief Kollegin Ilona D. aus: „Es sieht so aus, daß Kollege Knödler aus einem Rohr mit der Geschäftsleitung schießt!"

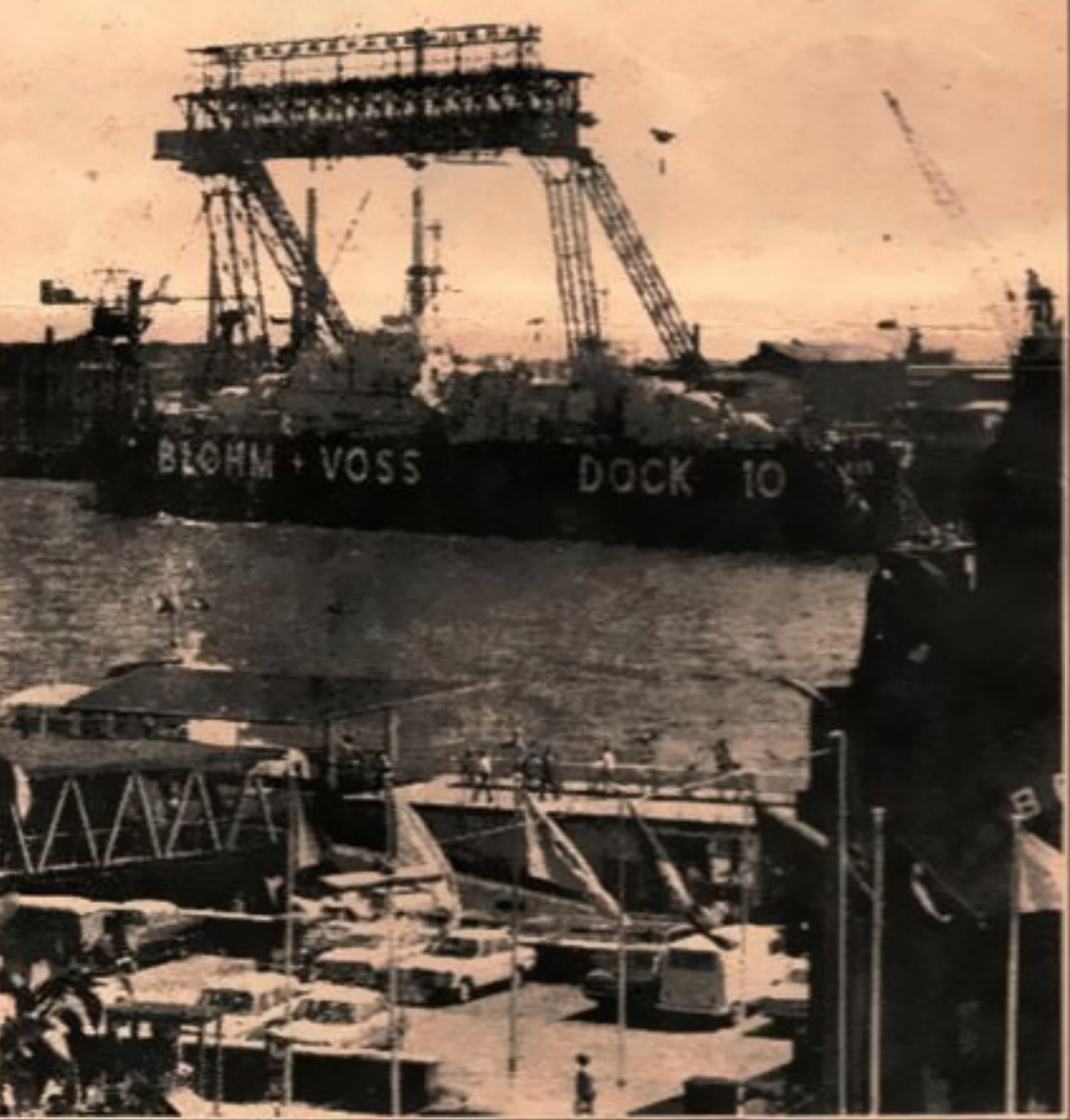
Damit hat unsere Vertrauensfrau den Nagel genau auf den Kopf getroffen: Die Betriebsräte Knödler, Schreyer, Höppner & Co. sind zwar aktiv ... aber nicht im Interesse der Werftarbeiter. Vielmehr basteln diese Leute sehr aktiv an ihrer eigenen Karriere in der Gewerkschafts- und SPD-Bürokratie. Voraussetzung für eine solche erfolgreiche Karriere ist es, daß sie die Werftarbeiter bei B&V „fest im Griff" haben und es verstehen, dort die Vorstellungen der Gewerkschafts- und SPD-Führung durchzusetzen. Vor der Tarifrunde z. B. verhinderten diese Herren mit allen Tricks, daß im Vertrauensleutekörper über Lohnforderungen diskutiert wurde, während sie in der großen Tarifkommission sich für die ungenügende 10%-Forderung „im Namen der B&V-Kollegen" stark machten und gegen höhere Forderungen aus anderen Betrieben polemisierten. Während der Tarifrunde konzentrierten sie sich darauf, zu verhindern, daß die Vertrauensleute konkrete Vorbereitungen für Kampfmaßnahmen treffen konnten. Nach der Lohnrunde feierten sie den schäbigen 7,5%-Abschluß als „Erfolg der Taktik der IGM" und verlangten von den Vertrauensleuten „mehr Vertrauen als bisher in die Gewerkschaftsführung". Die B&V-Bosse waren sehr zufrieden mit diesem Betriebsrat.

Auch bei anderen Gelegenheiten betätigen sich Knödler & Co. im Sinne der SPD-Führung, die die Regierungsgeschäfte der Kapitalistenklasse derzeit wahrnimmt. So z. B. auf der „Arbeitnehmer-Konferenz" der Hamburger SPD, wo Knödler das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz aus vollem Halse lobte, so z. B. wenn er im Betrieb gewerkschaftliche Aktivitäten abwürgt mit Hinweis auf die sog. „Betriebsvereinbarung" (zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung, um „Ruhe im Betrieb" zu garantieren). So auch bei unserer Vertrauensfrau Ilona D., die Knödler bei der Geschäftsleitung zum Abschuß



frei gab. Abteilungschef Bienert (Einkauf) sprach das auch ganz unverhohlen aus: „Solche Leute, die hier die Kollegen beeinflussen und Unruhe schüren, kann die Geschäftsleitung nicht gebrauchen!" Das bezog sich auf die Beschwerde, die Kollegin Ilona D. beim Betriebsrat gegen die Kündigung von Kollegin Erika P. einlegte.

Wenn die Betriebsräte gerade jetzt sehr leutselig, freundlich und geschäftig tun, dann zeigt das nur, daß bald wieder Betriebsrätewahlen anstehen. Die SPD-Betriebsgruppe, deren Vorsitzender Knödler ist, hat den Auftrag erhalten, wieder das Rennen zu machen. Es ist allerdings zweifelhaft, ob dies so glatt geht, wie es Knödler & Co. erhoffen. Es sollte in nächster Zeit Aufgabe der Vertrauensleute bei B&V sein, alle Kollegen umfassend über „ihren" derzeitigen Betriebsrat aufzuklären.



Wir dürfen uns jedoch keinen Illusionen hingeben: Selbst wenn Knödler nicht mher das Rennen macht, ist es immer noch möglich, daß Schreyer, Höppner oder andere Mitglieder aus der SPD-Betriebsgruppe die Wahl machen. Viele Kollegen und auch allerhand Vertrauensleute sagen sich: „Die sitzen so fest im Sattel, das haben wir bei der Tarifrunde gesehen. Sie machen was sie wollen, die ziehen an allen Fäden". Die Resignation, die nicht zuletzt durch Schreyers, Höppners und Knödlers ständige Abwiegelei bei der letzten Tarifrunde entstanden ist, kommt diesen Burschen auch noch zugute.

Bis zum Frühjahr ist jedoch noch genügend Zeit. Bis dahin darf keine Möglichkeit ausgelassen werden, Knödler, Schreyer & Co. das Handwerk zu legen.

DKP-Denunzianten

Im Zusammenhang mit der Kündigung der Kollegin Erika P. und der „sofortigen Beurlaubung" der Vertrauensfrau Ilona D. bei der Hamburger Schiffswerft Blohm & Voss berichtete Kollegin Ilona D. den Vertrauensleuten auf der Sitzung vom 1. Dez. von einem Gespräch zwischen ihr und Betriebsratsvorsitzenden Knödler. Hier habe Knödler ihr vertraulich mitgeteilt, daß „ein jüngerer DKPist" ihm die „Warnung erteilt" hätte, daß Kollegin „Erika P. eine hohe SALZ-Funktionärin" sei. Deswegen müsse man sie „schnellstens rausschmeißen". (Das SALZ ist eine Organisation Hamburger Kommunisten, die jetzt mit anderen im KB zusammengeschlossen ist.) Also eine gezielte Denunzation der DKP! Die Vertrauensleute bei B&V reagierten mit Erstaunen und Entrüstung. Viele boten auf der Stelle Prügel an, wenn man den DKP-Denunzianten erwischen würde. Dieser Mann ist unserer Betriebszelle inzwischen bekannt. Sollte er noch einmal einen Kollegen denunzieren, werden wir seinen Namen veröffentlichen!

In der letzten Zeit ist es in Hamburg schon häufiger vorgekommen, daß Genossen unserer Organisation, aber auch andere fortschrittliche und klassenbewußte Kollegen, von denen man nur vermutete, daß sie mit uns sympathisieren, von DKP-Kollegen denunziert wurden. Es ist jetzt sogar ein DKP-„Komitee zur Zerschlagung des KB" gegründet worden.

Dies ist das logische Ergebnis einer Politik der DKP-Führung, die darauf abzielt, mit Lügen, demagogischen Entstellungen usw. ihre Mitglieder gegen uns aufzuhetzen. So hofft sie, politische Auseinandersetzungen mit uns und vor allem gemeinsame Aktionen zum Nutzen der Arbeiterklasse zu vermeiden und andererseits ihre Mitglieder glauben zu machen, sie sei eine kommunistische Organisation, die sie in Wirklichkeit natürlich nicht ist.

Hamburg

Drupa-Kollegen aufs Kreuz gelegt!

Am 2. Dez. 71 tagte die 27. Delegiertenkonferenz der IG Druck und Papier in Hamburg. Wichtigster Tagesordnungspunkt: die anstehende Lohntarifrunde in der Druckindustrie. Uwe Körner aus Lübeck, Mitglied der zentralen Tarifkommission hielt ein langatmiges Eingangsreferat „zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage". Damit meinte er aber offensichtlich nicht die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Druckindustrie, sondern ausschließlich die Lage der Unternehmer: Die Lage der Arbeiter, die ständigen Preis-, Miet- und Gebühren-Erhöhungen, die größer werdende Steuerlast, die sich ständig verschärfenden Arbeitsbedingungen erwähnte Körner mit keinem Wort. In einem Wust von Zahlen, Daten und Prozentsätzen versuchte dieser Mann, jede vernünftige Argumentation zu ertränken. „Mit deinem Zahlensalat willst du uns doch nur besoffen machen!" rief ein empörter Delegierter dazwischen.

Die Krone setzte Körner seinem Referat auf, indem er ausführte: „Die Forderungen müssen in angemessenem Verhältnis zum Erreichbaren stehen ..." Als Vorschlag der Tarifkommission unterbreitete er den Delegierten dann 8 % „als der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage angemessen".

Insgesamt meinte man hier keinen Gewerkschaftsführer gehört zu haben, sondern einen Sprecher der Druckerei-Besitzer. Entsprechend war die Reaktion eines großen Teils der Delegierten:

„Der Forderungsvorschlag deckt nicht die gestiegenen Lebenskosten", „wie in der Krise 66/67 soll jetzt der Arbeiter die Zeche bezahlen", „damit kann ich den Kollegen im Betrieb nicht kommen", „es muß endlich eine offensive Lohnpolitik gemacht werden, die den Unternehmern an die Profite geht", „das war ein Arbeitgebervortrag", „so spricht bei uns im Betrieb nur der Unternehmer", „ich komm mir vor wie auf einer Unternehmerkonferenz" – so und ähnlich war die Meinung vieler Kollegen.

Die Kollegen stellten Gegenforderungen: Delegierte von Springer, Hamburg, unterstützten die Forderung der Münchner Merkur-Kollegen nach 35 DM (linear) wöchentlich. Eine Gruppe von Springer, Ahrensburg, forderte 15 % und für Lehrlinge 78 % vom Ecklohn.

Dörrhöver vom Hamburger Ortsvorstand versuchte die 8 %-Forderung zu verteidigen: „8 % sind begründet, weil die Schere zwischen Forderung und Abschluß gering gehalten werden soll. Die Kollegen sollen nicht aufgepeitscht werden, wie bei der letzten Tarifrunde."

Dieser Arbeiterverräter erklärte hier ganz offen, daß die Gewerkschaftsführer noch unter 8 % abschließen wollen und daß es ihnen (im Auftrag der SPD-Regierung und der Kapitalisten) vor allem darauf ankommt, die Kollegen schön ruhig zu halten.

Dieser Dörrhöver kann es sich noch immer erlauben, ganz offen seinen Arbeiterverrat zu bekunden, weil er sich bisher auf eine solide Hausmacht von reaktionären Betriebsräten etc. in der Delegierten-Versammlung stützen kann. Als immer noch zuviel Protest von den Kollegen kam, bot Dörrhöver dann einen „Kompromiß" von 9 % an, „weil die Empörung unter den Kollegen so groß ist". Klar ist, daß dieses eine Prozent mehr nur der „Beruhigung" der Kollegen im Betrieb dienen soll. In einer Abstimmung sprachen sich 54 Delegierte für die 9 %-Forderung aus, 33 Delegierte dagegen.

In seinem Eingangsreferat hatte Körner noch zynisch „mehr Diskussion in den Betrieben über die Forderungen, mehr Mitbestimmung der Kollegen beim Tarifabschluß" gefordert. Dies war ein Beschluß des 9. Gewerkschaftskongresses der IG Druck und Papier. Entsprechend forderten einige Delegierte erst Diskussion in den Betrieben über die Forderungsvorschläge der Tarifkommission und des Ortsvorstandes, bevor eine Forderung der Delegiertenversammlung festgelegt wird. Der ganze Verlauf der 27. Hamburger Delegierten-Konferenz und die Taktik der Gewerkschaftsführer zeigen dagegen deutlich, wie diese Herren Gewerkschaftsführer die Forderung „nach mehr Diskussion" auslegen: Die Delegierten sollen demnach offenbar intensiver als bisher, den Kollegen im Betrieb die Forderung der Gewerkschaftsführung als „angemessen" aufschwatzen und sie ansonsten beruhigen.

Leider sind die Machtverhältnisse in der Hamburger IG Druck und Papier noch so, daß Leute wie Dörrhöver, Körner & Co. ihre Vorstellungen durchsetzen können. Das Abstimmungsergebnis von 54 : 33 zeigt das. Dem entspricht eine Situation in vielen Hamburger Druckereien, wo es keine oder wenig aktive Vertrauensleute gibt und allerhand Betriebsräte die „vertrauensvoll" mit den Geschäftsleitungen zusammenarbeiten und helfen, den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen. Diese Betriebsräte aber bilden die Hausmacht für solche Arbeiterverräter wie Dörrhöver & Co. Die fortschrittlichen Gewerkschafter und aktiven Kollegen müssen sich auf einen langfristigen Kampf einstellen:

Die aktiven und kampfbereiten Kollegen in den Hamburger Druckbetrieben müssen sich zusammenfinden und funktionsfähige Vertrauensleute-Körper in den Betrieben aufbauen. Außerdem müssen bei den demnächst anstehenden Betriebsrätewahlen diejenigen Betriebsräte vor die Tür gesetzt werden, die sich bisher darauf konzentrierten, mit den Geschäftsleitungen zu mauscheln. Die aktivsten Kollegen müssen dann zu Delegierten gewählt werden, damit dem Hamburger Ortsvorstand einmal kräftig das Feuer unterm Hintern angezündet wird. Der „DRUCKARBEITER", eine Branchenzeitung des KB/Gruppe Hamburg für die Kollegen der Druck-Branche, wird diesen notwendigen Kampf unterstützen und zu organisieren versuchen:

MACHEN WIR DIE IG DRUCK UND PAPIER WIEDER ZU UNSERER KAMPFORGANISATION GEGEN KAPITALISTEN-WILLKÜR, AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG! ★



Albert-Bauer-KG

Spanische Zustände

Am 9. November flatterte uns ein gerichtlicher Bescheid (sog. „einstweilige Verfügung") vom Landgericht Hamburg ins Haus. Hierin wurde uns bei Androhung einer „Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten" verboten, in unserer Branchenzeitung „DER DRUCKARBEITER" weiterhin die Kollegen der „Albert-Bauer-KG" (Hamburger Klischee-Anstalt) über die derzeitigen Zustände ihres Betriebes zu informieren. Es wurde uns verboten, die „Belegschaftsmitglieder" darauf hinzuweisen, die Bauer-KG „stehe vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten; zum Beispiel, sie stecke in der Krise." Der Streitwert des Verfahrens wurde von den Bauer-Kapitalisten mit 20.000,– DM angesetzt. Die Kosten des Verfahrens sollen wir tragen.

Den Bauer-Bossen geht es darum – wie sie selber in ihren „Hausnachrichten" ausführen – wieder Ruhe in den Betrieb zu kriegen. Die für die Kapitalisten so nützliche „Ruhe im Betrieb" ist allerdings bei der Bauer-KG schon seit längerer Zeit futsch. „Schuld" daran haben allerdings weniger die Kommunisten, als vielmehr die Kapitalisten selbst: Entlassungen, ständiges Erhöhen der Arbeitsgeschwindigkeit und allerhand geschickt ausgestreute Gerüchte, die die Kollegen verängstigen sollen, sind die Ursachen. So verbreiten reaktionäre Betriebsräte im Auftrag der Geschäftsleitung selbst eifrig das Gerücht, daß es aufgrund von Auftrags-Rückgängen noch mehr Entlassungen, Umstellungen und andere „Rationalisierungsmaßnahmen" geben wird. Gleichzeitig verschweigen sie aber, wie sich die Kollegen dagegen wehren können. Die Kapitalisten wollen eine eingeschüchterte Belegschaft, die sie noch müheloser und intensiver ausbeuten können, die sie noch mehr bei der Arbeit hetzen und antreiben können.

In den ersten 3 Ausgaben des „Druckarbeiters" und auf einem Extrablatt wird dies schonungslos ausgesprochen und gleichzeitig aufgezeigt, wie sich die Kollegen wehren können. Vor einer Belegschaft aber, die nicht mehr alles kampflos hinnimmt, haben die Kapitalisten Angst. So bemühen sie ihre Gerichte, um den kommunistischen Arbeitern einen Maulkorb zu verpassen.

Den Bauer-Bossen ist es inzwischen gelungen, mit Hilfe von Entlassungen, Drohungen und Einschüchterungen noch einmal ihre sog. „Ruhe im Betrieb" wieder herzustellen. Wie lange diese jedoch andauern wird, ist höchst ungewiß. Denn die Kollegen bei Bauer haben auch eine wichtige Erfahrung gemacht: mit Betriebsräten wie Himmelreich ist kein Kampf gegen die Unternehmer zu führen. Solche Leute müssen ihren Sessel in nächster Zeit räumen und Kollegen Platz machen, die willens sind, die Interessen der Kollegen gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten.

Die Praktiken der Bauer-Kapitalisten erinnern überdeutlich an „spanische Zustände". Im faschistischen Spanien gehen die Kapitalisten mit Informations- und Diskussionsverbot, mit Polizei und Justiz gegen die geringfügigsten Rechte der Arbeiterklasse vor.



10% Forderung der IG Druck und Papier

Die IG Druck und Papier hat zum 31. 1. 1971 die Tarife für die Arbeiter in der Druckindustrie gekündigt. Die Forderung der zentralen Tarifkommission lautet: 10 % Lohnerhöhung, für Lohngruppe V zusätzliche 2 %, sowie Streichung der Lohngruppe VI. Für die Lehrlinge wird eine Erhöhung der sog. Ausbildungsvergütung von 20 % gefordert. Diese Forderungen der zentralen Tarifkommission liegen deutlich in der Nähe der Schiller'schen „Lohnleitlinien" von 7 – 8 %. Offensichtlich wollen die Gewerkschaftsführer auf dieser „Leitlinie" abschließen und so die Erwartungen der Druck-Kapitalisten erfüllen.

Die 10 %-Forderung der zentralen Tarifkommission berücksichtigen nicht die Forderungen, die in verschiedenen Tarifbezirken von den Arbeitern aufgestellt wurden. So wurden bereits am 2. Dez. 71 auf einer Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in München von 180 anwesenden Kollegen folgendes Forderungspaket verabschiedet.

1. *Es werden nur noch einheitliche Mark- und Pfennig-Forderungen gestellt.*
2. *Absicherung der übertariflichen Löhne (= Vorweganhebung) um 25 DM wöchentlich.*
3. *Eine lineare Erhöhung der Löhne um 35 DM wöchentlich.*
4. *Die Laufzeit des kommenden Lohntarifvertrages ist auf 7 Monate festzulegen (um in Zukunft aus der saisonbedingten Flautezeit rauszukommen).*
5. *Automatische Kündigung der Lohntarifverträge, wenn die Preissteigerung die 4 %-Grenze übersteigt.*
6. *Vergütung Auszubildender in Höhe von 30, 40, 50 % vom Ecklohn für das jeweilige Ausbildungsjahr.*

Auf der Hamburger Delegierten-Versammlung vom 6. Dez. 71 wurde das Münchner Forderungspaket von einigen Delegierten unterstützt. Auch aus mehreren Westberliner Betrieben kamen Forderungen nach Vorweganhebung und einheitlichen Mark- und Pfennig-Sätzen (z. B. 120,– monatlich). Bei Merkur, München, wurde u. a. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 40, 55, 75 % gefordert.

Überall versuchten die örtlichen Gewerkschaftsführer sich gegen diese Forderungen zu stemmen – teilweise mit Erfolg, teilweise ohne. In Hamburg z. B. gelang es den reaktionären Gewerkschaftsführern Dörrhöver und Helmut Körner (Mitglied der zentralen Tarifkommission) eine 9 %-Forderung durchzusetzen.

In München dagegen bekamen Gewerkschaftsführer wie Lachhammer auf der Mitgliederversammlung kein Bein auf den Boden. Hier lagen bereits aus 5 Großbetrieben die Forderungen auf dem Tisch und die Kollegen standen dahinter. Bei Merkur z. B. sind diese Forderungen vorher breit im Betrieb diskutiert worden auf der Grundlage eines Arbeitspapieres, das die Vertrauensleute dort verteilten.

Die Münchner Delegierten in der zentralen Tarifkommission erhielten den klaren Auftrag, den verabschiedeten Forderungskatalog dort zu vertreten. Angesichts der Haltung der Gewerkschaftsführer und des zu erwartenden Betruges, forderten die Merkur-Kollegen noch Urabstimmung vor Annahme eines Abschlusses.

Vergleicht man diese Forderungen mit den schließlich von der zentralen Tarifkommission beschlossenen, dann wird klar, wie es in der IG Druck und Papier um die innergewerkschaftliche Demokratie bestellt ist und wie weit dort die Interessen der Drupa-Kollegen vertreten oder zumindest berücksichtigt werden:

Den Herren Gewerkschaftsführern geht es offenbar nicht darum, Belange und Interessen der Arbeiter zu vertreten, sondern umgekehrt, den Arbeitern und Angestellten die Interessen einer SPD-Regierung aufzuzwängen, die ihre Anweisungen direkt von der Kapitalistenklasse erhält und für „ordnungsgemäße Ausführung" sorgen muß, um von den Kapitalisten keinen Tritt zu bekommen.

Auf der Münchner Drupa-Mitgliederversammlung vom 2. Dez. 71 wurde der Ortsvorstand aufgefordert, zur Unterstützung der Forderungen Warnstreiks zu organisieren. Diese Forderung ist richtig: denn wenn wir nicht kämpfen, sehen wir nicht einmal die 10 %. Ein Ergebnis auf Lohnleitlinie aber bedeutet bei den derzeitigen Preis-, Gebühren- und Steuererhöhungen, daß es uns dieses Jahr schlechter gehen wird, als 1971.

Andererseits dürfen wir uns auch keine Illusionen um eine mögliche Durchsetzung der vollen 10 % machen: Noch haben die reaktionären Gewerkschaftsführer den Lohnkampf voll im Griff. Bisher ist es wahrscheinlich nur in einigen Münchner Druckereien gelungen, eine wirklich kampfstarke Opposition der Arbeiter und ihrer Vertrauensleute herauszubilden. So besteht sogar Gefahr, daß die Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten noch unterhalb von 7,5 % abschließen werden. ★